

Ergebnisse und Materialien

Heft Nr. 5, Jahrestagung vom 31. März bis 1. April 2012 in Köln

In dieser Ausgabe:	
Vorträge bei der gemeinsamen Veranstaltung mit dem Forum demokratischer Sozialisten (fds) NRW – THEMA: Verfestigung von Armut in einem reichen Land – irreversibel? Was können wir tun?	
Martin Fochler: Impulsreferat	S. 1
Matthias W. Birkwald (MdB Die Linke, Ausschuss für Arbeit und Soziales): Grundsätze Linker Rentenpolitik	S. 2
Gabi Giesecke: Blick auf verfestigte Armut aus der Sicht der Bundesagentur für Arbeit	S. 6
Jonas Bens: Ausgrenzung versus Inklusion – Rechts- und gesellschaftspolitische Perspektiven	S. 7
Archiv Linke Kritik – Bericht der Redaktion. Bericht nach dem Konzept des mündlichen Vortrags, überarbeitet.	S. 9
Osteuropa – EU – Russland: Europäische Sicherheitsarchitektur/ Abrüstung. Linke in Russland	
Wolfgang Grabowski, langjähriger Botschafter der DDR in der Indien, heute Rosa Luxemburg Stiftung, war kürzlich als Wahlbeobachter in Russland	S. 12
Vereinangelegenheiten	S. 14

THEMA: VERFESTIGUNG VON ARMUT IN EINEM REICHEN LAND – IRREVERSIBEL?

Zur Einleitung der Diskussion dieses Tagesordnungspunktes möchte ich auf den Stand der Diskussion in Publikationen unseres Arbeitszusammenhangs hinweisen^{1,2}, es wird deutlich, dass wir an einem Anfang stehen, das Tor gerade einen Spalt breit aufgedrückt haben.

Herzlichen Dank an die mit der Arbeit an diesem Stoff befassten Genossinnen und Genossen der Bundestagsfraktion, denn so augenscheinlich die Tatbestände der Verarmung in einem reichen Land sind, so schwer ist es, sie für die politische Diskussion aufzubereiten. Genosse Birkwald, MdB DIE LINKE, wird heute zur Diskussion sprechen, so können Fachpolitik und Arbeit an der politischen Bildung zusammenwirken. Denn das muss zusammenkommen, wenn Ziele linker Politik sich im politischen Feld festsetzen und am Ende auch durchsetzen sollen.

Armut zeigt sich als bittere Tatsache im frühen Tod.³ Die Armut reduziert die Lebensdauer, weil die Tatbestände der Verarmung das ganze Leben durchdringen, Lebenskraft verzehren, sich negativ akkumulieren. Diese Messung ist unbestechlich, greift aber erst, wenn es für Hilfe zu spät ist. Deswegen gibt es Versuche, Verarmung und Armut zu messen, solange noch Abhilfe möglich ist. In der moder-

nen reifen Industriegesellschaft sind zwei Methoden gängig.

Absolut: Die Ausstattung der Haushalte und der Zugang zu öffentlichen Gütern und Leistungen werden statistisch erfasst. Von Armut wird gesprochen, wenn bestimmte Qualitätsstandards unterschritten werden.

Relativ: Gemessen wird die Kaufkraft der Haushalte, der Durchschnitt wird ermittelt, als arm gilt, wer weniger als so-und-so-viel Prozent des Durchschnittseinkommens erzielt.

Diese Verfahren liefern der Politik und den engagierten sozialen Verbänden wichtige Informationen. Sie eignen sich zur Formulierung von sozialpolitischen Zielen, wie sie ihren programmatischen Ausdruck in der sozialliberalen Losung „Wohlstand für Alle“ fanden. Wenn Einbußen zu verarbeiten sind, geben sie keinen Entscheidungshilfe. Dazu müsste man einen weiteren Maßstab anlegen: Verarmend wirken Maßnahmen von Politik und Wirtschaft, sobald sie die Lebenschancen der Betroffenen mindern und sie womöglich sogar in eine Abwärtsspirale treiben.

Wenn z.B. Personen, die auf dem Lande leben, das Auto nicht mehr halten können, kann das dazu führen, dass sich

1 Arbeitsteilung, Arbeitsorganisation, Arbeitsmarkt. Martin Fochler in: *ArGe Rundschreiben* Nr. 9, 1.4.2012, S. 4 | Winterschule 5. bis 7.1.2012 in Erfurt, Aus dem Kurs Wirtschaft | Es wird die These entwickelt, dass die Logik der Perfektionierung des Arbeitsvermögens, Akkumulation von Kulturkapital und Arbeit an sich selbst (P. Bourdieu), anders funktioniert als die Logik der Perfektionierung von Produktionsabläufen, so dass gerade bei Perfektionierung beider Bereiche die Vermittlungsprobleme zunehmen müssen. Ferner könnten die arbeitsteiligen Prozesse, die die Gesellschaft tragen, nur zum Teil durch Marktbeziehungen geregelt werden. Zu klären sei, wie die öffentliche Hand allen Menschen eine Chance zur Beteiligung im Geflecht der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bieten könnte.
http://www.linkekritik.de/uploads/media/20120401_ArGeRS09.pdf

2 Armut in einem reichen Land – Eine Herausforderung für Linke Kommunalpolitik. Brigitte Wolf, Martin Fochler in: *Politische Berichte* 2/2012, S.20 In dem Artikel geht es um die Beschreibung der Münchener Sozialpolitik, die sich als Lieferant für den Arbeitsmarkt missversteht und deshalb den Menschen, die dieser Markt ausgrenzt, nicht helfen kann. An drei Beispielen aus den letzten zehn Jahren wird gezeigt, wie die kommunale Selbstverwaltung die Marktverhältnisse bediente, statt sie zu ordnen. Weil gesellschaftlich bedeutsame Arbeit keineswegs nur über den Arbeitsmarkt organisiert werde, müsse der öffentlichen Hand gesetzlich auferlegt werden für Arbeitsgelegenheiten zu sorgen, analog der gesetzlichen Verpflichtung zur Unterbringung der Menschen, die vom Wohnungsmarkt ausgesondert werden. Die Autoren fordern zudem, dass die Stadt München faire Tarife zahlt und dass generell die öffentlichen Güter zum Ausgleich der Diskriminierung eingesetzt werden.
http://www.linkekritik.de/fileadmin/DOK/SP2_Periodika/Politische_Berichte_2012/2012-02_PB02.pdf#page=20

3 Ebd. Tab. 4: Rentenbezugsdauern und -höhen von Altersrentenwegfällen mit mindestens 35 Versicherungsjahren, Quelle: DIE LINKE: Große Anfrage „Rente erst ab 67 – Risiken für Jung und Alt“, Antwort der Bundesregierung, BT-Drs. 17/7966 vom 30.11.2011, A. Quelle: DIE LINKE: Große Anfrage „Rente erst ab 67 – Risiken für Jung und Alt“, Antwort der Bundesregierung, BT-Drs. 17/7966 vom 30.11.2011, Antwort auf Frage 11; eigene Berechnungen

ihre Arbeitsmarkchancen dramatisch einengen, Arbeitslosigkeit zunimmt, Teilhabe am sozialen Leben sehr schwierig wird usw., alles Folgen, die keineswegs zu verzeichnen sind, wenn sich ein großstädtischer Ein-Personen-Haushalt vom Auto trennt.

Der Blick auf die Entwicklung von Lebenschancen macht auch die Grenzen der marktförmigen Realisierung solcher Chancen deutlich. Marktgängig sind im Geflecht der gesellschaftlichen Arbeitsteilung jene Angebote, die von Unternehmen aufgegriffen werden, weil sie in der Bilanz zu einem Gewinn oder wenigstens zu der berühmten schwarzen Null führen.

Es sind aber viele und wichtige Beziehungen sozialer Kooperation zu beobachten, die entweder gar nicht „bilanzierbar“ sind oder, falls jemand anfängt zu rechnen, von vornherein und dauerhaft auf Zufuhr von Gütern angewiesen sind. Die Tatbestände der Verarmung zeigen sich oft und dramatisch im Zusammenbruch solcher Kooperationsbeziehungen. Die politische Abhilfe kann zielgenau

greifen, wenn sie den Phänomenen der Ausgrenzung, des Ausschlusses, der sozialen und kulturellen Exklusion Maßnahmen entgegensetzt, die Inklusion erleichtern.

Diese Sichtweise ist also dienlich, um politische Maßnahmen zu beurteilen, bedeutsam ist auch, dass sich so der Zusammenhang von Verlusten politischer Rechte und Freiheiten mit dem Verlust materieller Güter zeigt. Der Ausschluss etwa vom Wahlrecht ist Exklusion, und der Ausschluss vom Erwerb durch den Arbeitsmarkt ist es auch.

Die Auseinandersetzung mit den Tragödien der Verarmung in einem reichen Land führt zu einer Reformpolitik, die der gelebten Emanzipation Wege öffnen will. Solche Wege zu öffnen – und Barrieren wegzuräumen –, erfordert eine ins Einzelne gehende Auseinandersetzung mit der Leistungserbringung der öffentlichen Hand und der Wirtschaftsorganisation und auch mit der wirtschaftlichen Seite der Lebensorganisation der privaten Haushalte.

Martin Fochler

Matthias W. Birkwald MdB, Rentenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag – Einleitung und notwendige Vorbemerkungen

DIE LINKE will keinen Minimalstaat. Wir wollen Teilhabe sichern und Teilnahme ermöglichen! Wir wollen, dass die Menschen am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben und nicht mit Almosen abgespeist, leidlich bei Laune gehalten werden und ansonsten zu schweigen haben. Deswegen erteilen wir jeglichem Vorhaben, die Alterssicherung auf eine steuerfinanzierte Minimalversorgung plus privater Vorsorge umzustellen, eine klare Absage. Und deswegen ist uns das Ziel der *Lebensstandardsicherung* durch die gesetzliche Rentenversicherung so wichtig. Wir wissen aber auch, dass die gesetzliche Rente im Wesentlichen die

vormalige Position der Rentnerinnen und Rentner auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt – im Guten wie im Schlechten. Deswegen muss unsere Rentenpolitik einem doppelten Dreiklang folgen:

Gute Arbeit – gute Löhne – gute Rente und Mindestlohn – Mindestsicherung – Mindestrente

Wir wollen, dass jede und jeder in Würde leben kann. Das muss für alle gelten – egal, ob sie oder er *noch nicht* oder *gerade nicht* erwerbsarbeitet, in *Erwerbsarbeit* ist, also einen Job hat, oder aufgrund ihres oder seines Alters, einer Krankheit oder Behinderung *nicht mehr erwerbstätig* sein kann oder muss.

Grundsätze LINKER Rentenpolitik

Erstens: Eine gute Rente sichert den erarbeiteten Lebensstandard

Niemand soll – ob nun aus gesundheitlichen Gründen oder weil das reguläre Rentenalter nicht erreicht werden konnte – hinter den Standard zurückfallen, den sie oder er während der Berufsphase erreicht hat. Eine gute Rente ist nicht ohne gute Arbeit zu erreichen. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik müssen deshalb zusammengedacht und zusammengebracht werden. Gute Arbeit, gute Löhne und eine gute Rente sind zugleich der beste Schutz vor Altersarmut.

Zweitens: solidarische Rentenversicherung

Niemand soll aus der solidarischen Alterssicherung ausgeschlossen werden und niemand soll sich ihr entziehen dürfen. Wir wollen, dass künftig jede und jeder Erwerbstätige, Erziehende, Pflegende, Erwerbslose in die gesetzliche solidarische Rentenversicherung einbezogen wird. Das stärkt den Charakter der gesetzlichen Rente als Ersatzleistung für Erwerbseinkommen und zugleich als Solidarsystem.

Drittens: Niemand soll im Alter von weniger als 900 Euro leben müssen

Die gesetzliche Rente muss einen Mindeststandard für alle Versicherten einhalten. Teilhabe darf auch im Alter nicht enden. Deshalb muss der Solidarausgleich innerhalb der

Rente gestärkt werden. Auch hier brauchen wir einen Mindeststandard. Deshalb will DIE LINKE eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente einführen.

Gute Arbeit und gute Löhne als Basis

Gute Arbeit und gute Löhne sind die Basis einer den Lebensstandard sichernden Rente. Zusammen tragen beide dazu bei, Altersarmut gar nicht erst entstehen zu lassen. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik müssen zusammengedacht und zusammengebracht werden. Aber nicht so, wie Schwarz-Gelb es im Rahmen des Regierungsdialogs Rente vorgeschlagen hat: Sie wollen die Kombi-Löhner_innen in die Kombi-Rente schicken, wollen die mies bezahlten 40-Jährigen zu minijobbenden Alten machen.

Die wesentlichen Bausteine für gute Arbeit und gute Löhne hat DIE LINKE bereits vorgelegt: Wir setzen uns arbeitsmarktpolitisch für „gute Arbeit“ ein¹. Gute Arbeit gibt es nur in sicheren, geregelten, geschützten und vor allem auch Existenz sichernden Beschäftigungsverhältnissen, die Frauen und Männern gleichermaßen und zu gleichen Bedingungen offen stehen². Jede Stunde Erwerbsarbeit muss der Sozialversicherungspflicht unterworfen werden. Die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen, oftmals als Flexibilisierung getarnt, müssen wir aufhalten und zurückdrehen. Deshalb wollen wir unter anderem Leiharbeit verbieten³ oder wenigstens strikt begrenzen⁴ und die Befristung von Arbeitsverhältnissen eindämmen⁵.

Ohne einen Lohnmindeststandard am Arbeitsmarkt wird jedoch jede sozial ausgleichende Maßnahme in der Rentenpolitik zu einer Art nachlaufendem Kombilohn nach dem Motto: Die Menschen können ruhig mies bezahlt werden, denn im Alter werden sie schon irgendwie mit Renten-Almosen bedacht werden. Das wollen wir nicht! Denn eine gute Sozialpolitik muss stets den Kampf um gute Arbeitsmarktbedingungen und gerechte Teilhabe im Erwerbsleben unterstützen – sie kann und darf ihm nicht das Wasser abgraben wollen!

Deswegen ist ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von zehn Euro für DIE LINKE eine Mindestbedingung guter Arbeitsmarktpolitik⁶.

Gute Rente

Malochen bis zum Tode ist der Trend, der sich derzeit mehr als deutlich abzeichnet. Schwarz-Gelb will diesen Trend mit der Kombi-Rente und der Zuschuss-Rente festigen und ausbauen. Gute Arbeit und gute Löhne führen nur dann zu einer guten Rente, wenn die gesetzliche Rentenversicherung endlich wieder so ausgestaltet wird, dass sie vor sozialem Abstieg ebenso wie vor Armut schützt.

Deswegen hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE gefordert, die Kürzungsfaktoren, vor allem den Riesterfaktor und den Nachholfaktor, aus der Rentenformel zu streichen⁷. Zudem muss der Schutz bei Erwerbsminderung umfassend⁸ verbessert werden, indem insbesondere die Abschläge gestrichen und die Zurechnungszeit auf das 63. Lebensjahr verlängert wird. Dass die Rente erst ab 67 eine reine Rentenkürzung ist, haben wir durch unsere Große Anfrage „Beschäftigungssituation Älterer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage und die Rente ab 67“⁹ nachgewiesen. Deswegen muss die Rente erst ab 67 ohne Wenn und Aber sofort zurück genommen oder ausgesetzt werden¹⁰.

Auf dem Erfurter Parteitag hat DIE LINKE darüber hinaus beschlossen, für Menschen mit langjähriger Beitragszeit den Zugang zur Rente zu erleichtern. Erstens soll künftig jede oder jeder ohne Abschläge in Rente gehen können, die oder der mindestens 40 Jahre lang Beiträge gezahlt hat. Und zweitens: Wer zwischen 60 und 65 Jahren alt ist, soll auch ohne Abschläge aus dem Erwerbsleben aussteigen können.

DIE LINKE folgt einem einfachen Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Rente für gleiche Lebensleistung. Daraus folgt unweigerlich, dass nach zwanzig Jahren Sankt-Nimmerleins-Politik endlich der aktuelle Rentenwert (Ost) auf das Westniveau angehoben und die Höherwertung beibehalten werden muss¹¹. Wir wollen die rentenpolitische Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner endlich beenden.

Das alles sind wichtige Bausteine einer solidarischen Alterssicherung, die die gesetzliche Rentenversicherung in Richtung einer den Lebensstandard sichernden und weitgehend vor Altersarmut schützenden *solidarischen Rentenversicherung* umbauen soll. Einen entsprechenden Antrag hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE am 24.1.2012 einstimmig beschlossen¹².

Die solidarische Rentenversicherung

SPD und Grüne haben vor zehn Jahren einen verantwortungslosen Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik vollzogen. An die Stelle der Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rentenversicherung haben SPD und Grüne das Prinzip der Beitragsstabilität gesetzt (oder kurz: *defined contributions* statt *defined benefits*). Um die Beiträge stabil zu halten, wurde das Rentenniveau um ein Fünftel abgesenkt.

Um es klar zu sagen: Auch DIE LINKE will die einzelne Arbeitnehmerin und den einzelnen Arbeitnehmer nicht aus Lust und Laune mit Beiträgen belasten. Wir müssen

das auch nicht! Und das, obwohl wir mehr Einnahmen für die gesetzliche Rente wollen. Wir erreichen dieses Ziel auch, wenn *mehr* Menschen Beiträge in die Rentenversicherung einzahlen und dies auf höhere Einkommen tun. Mehr Menschen in guter Arbeit – also mit höheren Löhnen und Gehältern – bedeutet ein Plus in der Rentenkasse. Ebenso fließt mehr Geld in die Rentenversicherung hinein, wenn *alle* Erwerbstätigen in die Rentenkasse einzahlen. Das ist der Weg der solidarischen Rentenversicherung.

Bei einigen, namentlich den Solo-Selbstständigen, steht der Schutz vor Altersarmut im Vordergrund. Bei anderen, namentlich den Beamtinnen und Beamten, den Politikerinnen und Politikern, den gut Bezahlten in den freien Berufen, wird dabei eher ihr solidarischer Beitrag im Vordergrund stehen. Denn eine solidarische Versicherung aller, wie auch immer Erwerbstätigen, wird zwar ganz klar auf das Ziel der Status- und Lebensstandardsicherung ausgerichtet sein. Aber ohne eine zusätzliche Umverteilung wird es nicht gehen. Diese zusätzliche Umverteilung setzt an den oberen wie an den unteren Einkommen an: Wir werden die so genannte Beitragsbemessungsgrenze zunächst erhöhen und dann mittelfristig abschaffen¹³. Die Beitragsbemessungsgrenze gibt an, bis zu welchem Bruttogehalt Versicherte Beiträge zahlen müssen. Sie ist nicht mehr und nicht weniger als ein Freibetrag für höhere Einkommensgruppen.

Denn Einkommen, das oberhalb dieser Grenze liegt, wird nicht – wie es technisch heißt – „verbeitragt“. Das heißt: Menschen mit einem Erwerbseinkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze zahlen prozentual weniger als Menschen unterhalb dieser Grenze. Kurzum: Alle sollen auf ihr gesamtes Erwerbseinkommen Beiträge zahlen müssen.

Doch nicht nur die Rentenbeiträge, sondern auch die *Rentenauszahlungen* müssen solidarischer gestaltet werden: Wir wollen, dass Menschen mit höheren Einkommen ein bisschen weniger rausbekommen als sie eingezahlt haben, also den Rentenanstieg abflachen. Und Menschen mit sehr geringen Einkommen sollen so viel mehr rausbekommen als sie eingezahlt haben, dass ihre *Rente mindestens 900 Euro* beträgt. Wir wollen also eine solidarische Umverteilung auch in der Rente.

Da bisher nur von Erwerbseinkommen und Erwerbstätigen die Rede war, muss einem Missverständnis vorgebeugt werden: Die *solidarische Rentenversicherung* wird zwar weiterhin darauf beruhen, dass sie durch Beiträge von Erwerbstätigen und Arbeitgeber_innen und durch einen steuerfinanzierten Zuschuss aus dem Bundeshaushalt finanziert wird. Wie bisher werden aber auch Nicht-Erwerbstätige versichert sein. Zu den Nicht-Erwerbstätigen, deren Tätigkeit als Pflichtbeitragszeit gilt, zählen heute zum Beispiel bereits Erwerbslose, die Arbeitslosengeld I erhalten, Menschen, die Familienangehörige pflegen oder die Kinder unter drei Jahren und unter bestimmten Umständen auch unter zehn bzw. achtzehn Jahren erziehen bzw. pflegen. Zu den Nicht-Erwerbstätigen, deren Tätigkeit ohne Anrechnung von Beiträgen gezählt wird, zählen zum Beispiel Schwangere, Hartz-IV-Betroffene oder (Hoch-) Schüler_innen nach Vollendung des 17. Lebensjahres. Diese solidarische Komponente der Rentenversicherung will DIE LINKE deutlich ausbauen.

Solidarausgleich ausbauen

Langzeiterwerbslosigkeit, Erwerbsminderung, prekäre Beschäftigung und insgesamt Zeiten, in den keine oder allenfalls geringe Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt werden, erhöhen das Risiko, im Alter arm zu werden, deutlich. Ein zentrales Element der solidarischen Rentenversicherung ist es deshalb, den Solidarausgleich deutlich zu stärken. Einzelne Elemente hat die Bundestagsfraktion bereits

in Anträgen vorgelegt: So haben wir beantragt, die soziale Sicherung der von Langzeiterwerbslosigkeit Betroffenen deutlich zu verbessern.¹⁴ CDU, CSU und FDP haben zum 1. Januar 2011 die Pflichtbeiträge für Hartz-IV-Betroffene gänzlich abgeschafft, nachdem sie unter Rot-Grün und Schwarz-Rot bereits drastisch zusammengedrückt worden waren. DIE LINKE fordert hingegen, dass für Hartz-IV-Betroffene ein Beitrag in der Höhe gezahlt wird, als würden sie ein Einkommen in Höhe der Hälfte des Durchschnittseinkommens beziehen.

Im selben Antrag haben wir gefordert, die Rente nach Mindestentgeltpunkten zu entfristen. Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs ab 1997 würden dann ebenso wie geringe Entgelte um die Hälfte auf maximal 75 Prozent des Durchschnittsentgelts hochgewertet, wenn 35 Jahre rentenrechtliche Zeiten vorhanden sind. Zu den rentenrechtlichen Zeiten zählen Beitragszeiten (sowohl aus Pflichtbeiträgen wie beruflicher Ausbildung, Beschäftigung als Arbeitnehmer_in, Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld I, Krankengeld, Übergangsgeld und Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege von Pflegebedürftigen als auch aus freiwilligen Beiträgen) und beitragsfreie Zeiten (wie z.B. Schulausbildung, Bezug Arbeitslosengeld II, Arbeitsunfähigkeit, Schwangerschaft und Wochenbett).

Darüber hinaus fordert DIE LINKE eine Anrechnung von Kindererziehungszeiten auch vor dem derzeit geltenden Stichtag 1992, die Anerkennung von Zeiten der Schul- und Hochschulausbildung nach dem 17. Lebensjahr als Beitragszeiten sowie die bessere Absicherung von Pflegezeiten.

Mit einem Parteivorstandsbeschluss, dem Parteitag in Erfurt und dem von der Bundestagsfraktion vorgelegten Antrag hat DIE LINKE nun ihren Kampf gegen Altersarmut um ein sehr wichtiges Element erweitert: Niemand soll im Alter von weniger als 900 Euro leben müssen. Das erreichen wir mit einer solidarischen Mindestrente, deren Konzept auf eine Initiative von Matthias W. Birkwald zurückgeht.

Die solidarische Mindestrente

Die beiden grundlegenden Bedingungen – gute Arbeit und eine gute, beitragsbezogene und den Lebensstandard sichernde Rente – stehen am Anfang guter Alterssicherungspolitik und somit des Rentenkonzepts der LINKEN. Mit der solidarischen Mindestrente ändert sich daran nichts. Sie ist komplementär und nicht konkurrierend, ergänzend und nicht ersetzend zur Lebensstandardsicherung konzipiert. Denn genauso wenig, wie DIE LINKE eine Gesellschaft der Mindestlohnbezieher_innen will, weil sie einen gesetzlichen Mindestlohn fordert, will sie eine Gesellschaft der Mindestrentenbezieher_innen, nur weil sie eine solidarische Mindestrente fordert. Mit dieser Zielsetzung unterscheidet sich DIE LINKE grundsätzlich von allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien.

Aber prekäre Erwerbsbedingungen einzudämmen und abzuschaffen, ist die eine Sache. Davon auszugehen, dass die bisher schon entstanden Phasen oder gar durchgehende Biographien prekärer Beschäftigung nicht bestehen oder weiterhin entstehen, ist die andere, höchst kontrafaktische Sache. Genau hier greift die solidarische Mindestrente: Die Menschen, die heute auf lange Phasen prekärer Beschäftigung oder langer Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen oder immer noch darin stecken, empfinden den Ausdruck „Lebensstandardsicherung“ nicht als Hoffnung, sondern als Drohung.

Selbst wenn alle Dämpfungsfaktoren wie der Altersvorsorgefaktor (auch Riesterfaktor genannt), der Nachholfaktor und der Nachhaltigkeitsfaktor wieder aus der Rentenformel gestrichen und somit die alte Rentenformel wiederhergestellt werden würde, würde es aufgrund vermehrter

gebrochener Erwerbsbiographien (vor allem im Osten), aufgrund langjähriger Arbeit im Niedriglohnsektor, Phasen der Erwerbslosigkeit, prekärer Beschäftigungen usw. künftig Menschen geben, die ein von der LINKEN angestrebtes armutsfestes (Alters)einkommen nicht erreichen werden.

Es wäre falsch, die von Altersarmut betroffenen Menschen auf die sogenannte Grundsicherung im Alter (Zwölftes Sozialgesetzbuch, SGB XII) zu verweisen. Denn es gibt zahlreiche Betroffene, die keinen Antrag auf „Grundsicherung im Alter“ stellen und dies auch niemals tun würden. Häufig handelt es sich um Frauen, die es als schändlich empfinden, „zum Amt“ gehen zu müssen. Sehr oft ist nicht bekannt, dass eine Rückgriffshaftung nur bei Kindern mit einem Einkommen oberhalb von 100.000 Euro greift. Die alte Sozialhilferegulation ist noch sehr oft tief im Bewusstsein verankert. Ob sich dies künftig ändern wird, ist derzeit nicht absehbar.

Für diejenigen Menschen im Alter ab der Regelaltersgrenze, die eine Rente unter der Armutsrisikogrenze erhalten, d.h. derzeit weniger als 900 Euro netto hätten, soll deshalb eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente eingeführt werden, die Altersarmut aktiv bekämpft.

Mit einer Höhe von 900 Euro netto läge die solidarische Mindestrente deutlich oberhalb des durchschnittlich zuerkannten Bruttobedarfs in Höhe von 688 Euro, der nach heute geltendem Recht des SGB XII Menschen im Rentenalter durch die Grundsicherung im Alter (außerhalb von Einrichtungen) zuerkannt wird. Für eine alleinlebende Person läge die solidarische Mindestrente auf den ersten Blick knapp unterhalb der derzeitigen Armutsrisikogrenze von 940 Euro. Angesichts starker regionaler Unterschiede bei den aufzubringenden Mietkosten ergibt sich aber ein anderes Bild: Während die einen mit 900 Euro nicht in Armut leben, brauchen andere aufgrund höherer Mieten mehr als diesen Betrag. Das trifft jedoch nur auf insgesamt neun von 362 Kreisen und Städten zu. Bei den Städten betrifft dies vor allem München, Frankfurt am Main und Wiesbaden. Unter den Kreisen sind es zum Beispiel Starnberg und Dachau. Dieser fehlende Betrag kann bedarfsbezogen durch ein modifiziertes Wohngeld ausgeglichen werden. In einem Zwei-Personen-Rentner_innenhaushalt ohne ausreichendes Einkommen und Vermögen oder ausreichende Unterhaltsansprüche erhielte jede Person 900 Euro, der Haushalt insgesamt also 1800 Euro. Damit erhielte ein solcher Zwei-Personen-Rentner_innen-Haushalt mit der solidarischen Mindestrente in jedem Fall mehr Rente als dies bei der nach der Methode Armutsrisikoschwelle berechneten Summe von insgesamt 1410 Euro (erste Person 100 Prozent, zweite Person 50 Prozent von 940 Euro) oder analog zur derzeit geltenden Methode im SGB II (bei zwei Erwachsenen jeweils 90 Prozent, bei 940 Euro für Alleinstehende gleich 1692 Euro für zwei Personen) der Fall ist.

Die Höhe der solidarischen Mindestrente wird parallel zur jährlichen Rentenanpassung erhöht. Eine Dynamisierung entlang der Rentenanpassung ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn die Dämpfungsfaktoren (Altersvorsorgeanteil sowie Nachhaltigkeitsfaktor) in der Rentenanpassungsformel ebenso wie der Nachholfaktor gestrichen sein werden.

Wer hat Anspruch auf die solidarische Mindestrente?

Wer im Alter über weniger als 900 Euro Einkommen verfügt, wessen selbstgenutzte Immobilie nicht größer als 130 qm ist, wessen Vermögen 20.000 Euro nicht überschreitet und wer fürs Alter nicht mehr als 750 Euro pro Lebensjahr

zurücklegen konnte, der oder die erhält einen steuerfinanzierten Zuschlag in Form einer Rente. Es gibt keine weiteren Bedingungen: Niemand muss zuvor in der gesetzlichen Rente versichert gewesen sein oder wie im Konzept der Bundesregierung umfängliche Beitrags- oder sonstige rentenrechtliche Zeiten oder gar eine private Altersvorsorge nachweisen (siehe Tabelle).

Voraussetzungen Zuschussrente vs. Solidarische Mindestrente

	von der Leyen	DIE LINKE.
Rentenrechtliche Zeiten	Erste zehn Jahre: 40, danach: 45 Jahre	Keine
Beitragsjahre	Pflichtbeiträge aus Beschäftigung, Kindererziehung, Pflege u.w., Arbeitslosigkeit zählt nicht! Erste zehn Jahre: 30, danach: 35 Jahre	Keine
Private Altersvorsorge	Erste sechs Jahre: 0, danach: ab 2019 bis 2047 ansteigend von 5 auf 35 Jahre	Keine
Einkommensprüfung	ja (wie bei Hinterbliebenenrente, Anrechnung Partnereinkommen)	Ja
Vermögensprüfung	Keine	großzügig
Höhe	850 Euro brutto = 765 Euro netto	900 Euro netto

Unterhaltsansprüche, die aufgrund bestimmter Situationen (z. B. Gewaltandrohungen) nicht erfüllt werden, gehen auf Antrag bis zur tatsächlichen Zahlung an Unterhaltsberechtigte auf den Rentenversicherungsträger über und werden währenddessen nicht als Einkommen angerechnet.

Die solidarische Mindestrente ist aber auch keine bedürftigkeitsgeprüfte Leistung. Niemand muss erst sein kleines Eigenheim verscherbeln oder gar sein letztes Hemd hergeben, um die Mindestrente zu erhalten. Die solidarische Mindestrente sieht selbstverständlich Freibeträge für Vermögen vor, die deutlich über die heutige Rechtslage hinausgehen (siehe Tabelle). Sie wird als Zuschlag oder im

Freibeträge für Vermögen und Immobilien

	Heutige Rechtslage	Solidarische Mindestrente
Geld	SGB II: 3100 € bis 9750 € plus 750 Altersvorsorge pro Lebensjahr. SGB XII: 2600 Alleinlebende	Alleinlebende: 20.000 € Grundfreibetrag plus bisheriger Freibetrag für Altersvorsorge = ca. 70.000 €
selbst genutzte Immobilie	SGB XII: für vierköpfige Familie Haus: 130 qm Eigentumswohnung: 120 qm	Unabhängig von der Haushaltsgröße: 130 qm

Einzel Fall auch als Vollbetrag von der Deutschen Rentenversicherung ausgezahlt.

Das Schonvermögen entspricht der Summe, wie sie im Konzept der sozialen Mindestsicherung der Bundestagsfraktion DIE LINKE vorgesehen ist, also einer Höhe, die deutlich über der des heutigen SGB XII liegt (aktuell 2600 Euro). Die allgemeine Vermögensfreigrenze ist demnach auf 20.000 Euro pro Person anzuheben¹⁵. Aktuelle Rechtslage ist zudem, dass für jede Person ein Betrag in Höhe von 750 Euro pro Lebensjahr für die Altersvorsorge freigestellt ist (§ 12 Abs. 2 SGB II).

Zum Schluss

Die alles bestimmende Grundlage LINKER Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist die Würde des Menschen. DIE LINKE vertritt die Überzeugung:

Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Alter.

Impressum. Matthias W. Birkwald, MdB. Rentenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag. Platz der Republik 1 . 11011 Berlin. www.matthias-w-birkwald.de

- ()
- 1 BT-Drs. 17/1396, v. 20.04.2010
- 2 BT-Drs. 17/891, v. 02.03.2010
- 3 Erfurter Parteiprogramm
- 4 BT -Drs. 17/426, v. 13.01.2010 und 17/3752, v.11.11.2010
- 5 BT-Drs. 17/1968, v. 09.06.2010
- 6 Anträge: „Niedriglöhne bekämpfen – gesetzlichen Mindestlohn einführen“, BT-Drs. 17/890, v. 02.03.2010 und „Gute Arbeit in Europa stärken – den gesetzlichen Mindestlohn am 01. Mai 2011 in Deutschland einführen“, BT-Drs. 17/4038, v. 01.12.2010
- 7 BT-Drs. 17/1145, v. 23.03.2010
- 8 BT-Drs. 17/1116, v. 18.03.2010
- 9 BT-Drs. 17/2271, v. 23.06.2010
- 10 BT- Drs. 17/2935, v. 14.09.2010, BT-Drs. 17/3546, v. 28.10.2010 und BT-Drs. 17/8380, v. 18.01.2012
- 11 BT-Drs. 17/4192, v. 15.12.2010
- 12 BT-Drs. 17/8481
- 13 West: 5.600 Euro im Monat/67.200 im Jahr 2012; Ost 4.800 Euro im Monat/57.600 Euro pro Jahr; anders als in der Gesetzlichen Krankenversicherung gibt es in der GRV keine Versicherungspflichtgrenze
- 14 BT-Drs. 17/1735, v.18.05.2010
- 15 BT-Drs. 17/659

Blick auf verfestigte Armut aus Sicht der Bundesagentur für Arbeit

Von Gabriele Giesecke

Trotz im Großen und Ganzen sinkender Arbeitslosenzahlen ist für viele Menschen damit eine Perspektive nicht vorhanden. Diese Realität spiegelt sich auch in den Untersuchungen und Stellungnahmen aus oder im Umkreis der Bundesagentur für Arbeit wieder.

So machte Udo Glanschnig, Geschäftsführer der Bundesagentur in Bochum, im Juni 2011 auf einer Veranstaltung darauf aufmerksam, dass in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit die sinkenden Arbeitslosenzahlen das weiter bestehende Problem der relativen Unterbeschäftigung überdecken. So sank zwar von Juni 2010 bis Juni 2011 in Bochum die Arbeitslosenzahl geringfügig von 28.521 auf 27.889. Die Zahl der Leistungsberechtigten nach SGB II, überwiegend Langzeitarbeitslose, stieg jedoch gleichzeitig von 21.766 auf 22.542. Von der angestiegenen Arbeitskräftenachfrage profitieren also überwiegend die im Schnitt besser qualifizierten Arbeitslosen im Geltungsbereich des SGB III. Schlussfolgerung von Udo Glanschnig

mit Blick auf die Kürzungspolitik der Bundesregierung bei den Arbeitsmarktmitteln: Die Gesellschaft müsse sich entscheiden, ob sie Arbeit, auch im Rahmen eines öffentlichen Beschäftigungssektors, finanzieren wolle oder Arbeitslosigkeit.

Diese Befunde werden vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur untermauert. So weisen die Forscher daraufhin, dass das prognostizierte Sinken des Erwerbspersonenpotentials vor allem durch demografische Faktoren von heute rd. 41 Mio. auf 38 Mio. im Jahr 2025 bis auf 26 bis 32 Mio. (je nach Projektion) im Jahr 2050 nicht zwingend zu einem massiven Abbau der Arbeitslosigkeit führt. Zum einen, weil die Wirtschaft ihre Investitionen anpasst, zum anderen weil das Erwerbspersonenpotential z.B. durch Zuwanderung oder die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren stark schwanken kann.

Folgerung des IAB im Hinblick auf die Arbeitsmarktför-

Soziales in Essen: Verhärtete Armut

Einen erschreckenden Bericht zur Entwicklung der Sozialleistungen in Essen legte im Januar das Amt für Statistik und Wahlen vor.

Danach stieg die Anzahl derjenigen, die auf existenzsichernde Sozialleistungen angewiesen sind, von 89.737 im Jahr 2008 auf 90.870 Menschen im Jahr 2010. Bezogen auf die GesamteinwohnerInnen Essens sind dies 15,9%. Darunter sind allein 81.220 Menschen, die vom Jobcenter abhängig sind. Festzuhalten ist hier, dass die steigende Nachfrage nach Arbeitskraft, die allseits so bejubelt wird, an den Menschen im Hartz-IV-Bezug vorbeigegangen ist.

Noch erschreckender werden die Befunde, wenn man sich Gruppe der Kinder und Jugendlichen ansieht.

Zwar sank die Zahl der unter 18-Jährigen im Hartz-IV-Bezug leicht von 27.187 (2008) auf 27.047 (2010), ihr Anteil an allen in Essen lebenden unter 18-Jährigen stieg aber kontinuierlich von 30,1% auf 30,8%. In einzelnen Stadtteilen wie Altendorf und den meisten Innenstadtbezirken liegt die Quote zwischen 52,3% bis 63,6%. In diesen Stadtteilen droht eine Ghettobildung, da nicht nur der Anteil der unter 18-Jährigen, sondern der Anteil der Hartz-IV-Beziehenden überhaupt sehr hoch ist. Einige andere Stadtteile vor allem im Norden liegen nur geringfügig unter der 50%-Marke bezogen auf die unter 18-Jährigen, so Altenessen-Süd mit 49,3%, Bergeborbeck mit 49,7% oder auch Freisenbruch mit 42,7%. Deutlich unterhalb des stadtweiten Durchschnitts von 30,8% liegen nur drei von neun Stadtbezirken, nämlich der Bezirk 2 mit 10,2%, der Bezirk 8 mit 12,2% und der Bezirk 9 mit 6%.

Darüber hinaus ist die Gruppe der Alleinerziehenden extrem von Armut betroffen. 49,4% aller Alleinerziehenden bezogen 010 Hartz-IV-Leistungen. Bezogen auf alle Familien mit Kindern im Hartz-IV-Bezug leben 50,7% in 7.217 Alleinerziehendenhaushalten.

Trotz vollmundiger Absichtserklärungen sind die Hilfen, die die Stadt Essen anbietet, überhaupt nicht ausreichend, um an der Situation etwas zu verändern. Tatsächlich haben die meisten Kinder und Jugendlichen in Hartz IV keine Chance, aus der Armut herauszukommen, und ihr Anteil wächst stetig an.

Zunehmend von Armut betroffen sind auch alte Menschen. Die Zahl derjenigen, die auf Grundsicherung im

Alter angewiesen sind, weil ihre Rente nicht ausreicht, stieg von 5.931 (2008) auf 6.352 im Jahr 2010, oder von 2% auf 2,2% bezogen auf die Gesamtbevölkerung.

Angesichts des ausufernden Niedriglohnssektors sowie des steigenden Hartz-IV-Bezuges ist mit einem weiteren Anwachsen der Altersarmut zu rechnen. Anlässlich der Vorstellung des Armutsberichtes des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) für Deutschland wies der Geschäftsführer Ulrich Schneider auf die dramatische Situation im gesamten Ruhrgebiet hin.

Im Ruhrgebiet steigen die bereits sowieso schon hohen Armutsquoten seit Jahren weiter an. In keinem einzigen Ruhrgebietskreis liegt die Quote der Hartz IV beziehenden Menschen unter dem Bundesdurchschnitt von 9,8% aller 18- bis 65-Jährigen. In Essen beträgt diese Quote 18,2%.

Dazu der DPWV: „Besonders besorgniserregend dabei ist, dass diese Quoten in den einzelnen Städten und Landkreisen entweder auf sehr hohem Niveau verharren oder im Trend sogar nach oben zeigen, wie etwa in Mülheim, in Hamm, in Essen oder in Gelsenkirchen.“

Den Schlussfolgerungen des DPWV kann DIE LINKE nur zustimmen:

„Der Paritätische fordert von der Bundesregierung eine armutspolitische Kehrtwende. Wer die Armut glaubwürdig bekämpfen wolle, müsse die Regelsätze in Hartz IV erhöhen, den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ausbauen, die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher sichern und der drohenden Altersarmut vorbeugen.“

Zur Finanzierung dieser Reformen dürfe die Regierung nicht länger vor der Verteilungsfrage zurückschrecken ... Der Verband fordert eine deutlich stärkere Besteuerung von großen Erbschaften, Vermögen sowie hohen Einkommen.“

Aus der Sicht einer Stadt wie Essen kann man nur hinzufügen, dass die Kommunen endlich angemessen mit Finanzmitteln ausgestattet werden müssen, damit sie ihren Teil zur Beseitigung der Armut beitragen können. Im Augenblick scheitern gute Ansätze, die es auch in Essen gibt, vielfach an den fehlenden Geldern.

(Gabriele Giesecke, *Essener Morgen* 1/2012)

derung durch die Bundesregierung: Neben betrieblichen und individuellen Strategien müssen flankierende politische Maßnahmen entwickelt werden, die das Arbeitskräfteangebot qualitativ und quantitativ langfristig auf einem möglichst hohen Niveau halten.

Dazu schlägt das IAB verschiedene Maßnahmen vor, die sich auch schon in der gesellschaftlichen Debatte finden.

- Ausbau des Bildungssystem, vor allem Förderung der frühkindlichen Bildung
- Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung im Hinblick auf eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen
- stärkere Einbeziehung von Menschen mit Handicaps
- verbesserte Einbeziehung von Zuwanderern, auch bereits von langjährig hier lebenden Menschen z.B. durch die Anerkennung von Berufsabschlüssen und Sprachförderung
- Förderung von beruflicher Weiterbildung, durch aus in kurzer modularer Form. Allerdings mit Blick auf die Bedürfnisse von langzeitarbeitslosen und schlecht ausgebildeten Menschen, sollte ein individueller Anspruch auf einen Förderung bis zum Erreichen eines beruflichen Abschlusses verankert werden.

Umfangreiche Untersuchungen hat das IAB auch zu den Folgen der Deregulierung des Arbeitsmarktes gemacht. In den Publikationen finden sich interessante Ergebnisse. Immer wieder erschreckend ist der Anstieg der Menschen in prekären Beschäftigungen. So stieg der Anteil der Menschen in Leiharbeit von 1996 180.000 auf 2010 über 80.000 Beschäftigte.

Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der befristet Beschäftigten von 1,3 Mio. auf über 2,5 Mio. Menschen. Vor allem im Bereich der SGB II-Leistungsberechtigten wirkt sich die Deregulierung stark aus: 2008 nahmen 1,17 Mio. SGB II-Leistungsberechtigte eine Arbeit auf, davon dauerten 55 Prozent der Beschäftigungen weniger als sechs Monate.

Gesellschaftliche Teilhabe ist so für eine weiten Personenkreis nur stark eingeschränkt oder gar nicht gegeben. Viele Menschen erkranken an den Folgen der langen Arbeitslosigkeit, ihre persönlichen und familiären Beziehungen leiden oder zerbrechen häufiger, als im Durchschnitt der Bevölkerung. Hier ist auch aus Sicht der Forscher des IAB Handlungsbedarf, um die gesellschaftlichen Folgekosten im Griff zu behalten.

Quelle: www.iab.de

Ausgrenzung versus Inklusion – Rechts- und gesellschafts-politische Perspektiven

Von Jonas Bens

Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um die Kurzzusammenfassung des am 31. März 2012 gehaltenen Vortag. Bisher hatte es meine Zeit nicht erlaubt, die auf dem Vortrag angerissenen Fragen, in einer angemessenen Weise auch mit dem Verweis auf wissenschaftliche Quellen, aufzuarbeiten. Dieser Beitrag versteht sich also zunächst lediglich als Ideenskizze und will theoretische Impulse geben. Insbesondere bei den Schlussfolgerungen und der Einarbeitung von Beiträgen und Ideen aus der Diskussion finden sich noch Lücken. Eine nähere Ausarbeitung muss an anderer Stelle geleistet werden.

Die Debatte um den Begriff Integration in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern, im Bereich Migration, Menschen mit Behinderungen, Exklusionsmechanismen des Arbeits- und Wohnungsmarktes und anderes mehr, ist von wesentlichen Streitfragen beherrscht. Dabei spielen explizit und implizit verschiedene Fragen eine Rolle. Etwa: was ist Mehrheit, wer ist Minderheit, was Normalität und was Abweichung und – wichtiger noch – wer setzt diese Markierungen? Wesentlich in den zahlreichen sich überlagernden Integrationsdebatten ist auch die Frage, wer die Integrationsleistung zu tragen habe, wer wohinein zu integrieren sei und mit welcher gesellschaftlichen Zielstellung. Im Wesentlichen lässt sich für die öffentliche Debatte konstatieren, dass hierzu alles umstritten ist und insbesondere keine Einigkeit in Bezug auf die Begriffe und die dahinterliegenden sozioanalytischen Konzepte besteht. Mithin drängt sich der Eindruck auf, die Beteiligten redeten vielfach „aneinander vorbei“.

Einen – jedenfalls partiellen – Ausweg aus dieser analytischen Sackgasse ist die Debatte um den Begriff der Inklusion. Mit ihm verbunden ist ein veränderter Blick auf das Verhältnis von Norm und Abweichung, sowie dem Anspruch einen Blickwechsel weg vom Ausgegrenzten als Adressat von Hilfsmaßnahmen hin zu den Mechanismen der Ausgrenzung zu vollziehen.

Zunächst war es Ziel des Vortages für die darauf folgende Diskussion eine theoretische Grundlage anzureißen, die einige dieser problematischen Fragen analytisch angeht.

Dabei geht es darum, kurz zu umreißen, in welchem dialektischen Wechselverhältnis Ausgrenzung und die identitäre Bildung von Gemeinschaften und Gesellschaften sozioanalytisch gedeutet werden können. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen kann ein Arbeitsbegriff davon gewonnen werden, in welchem Verhältnis Armut und Ausgrenzung zueinander stehen. In einem dritten Schritt soll schließlich angedeutet werden, welche Aufgabe dem Recht, mithin auch der Rechtspolitik in diesem Zusammenhang zukommt, oder mit anderen Worten wie sich diese Überlegungen in ein politisches Projekt einpassen lassen.

Exklusion – Gemeinschaft – Macht

Zunächst sollte geklärt werden, dass sich die menschliche Gesellschaft aus einem höchst komplexen und ineinander verschränktes Geflecht identitärer Gruppen, die man – in Anlehnung an die klassische Soziologie – Gemeinschaften nennen könnte, zusammensetzt. Diese identitären Gemeinschaften stehen keineswegs nur nebeneinander, sondern überlagern und überlappen sich, je nach dem gewählten Anknüpfungspunkt der identitären Unterscheidung. So kann man etwa Studenten zu einer identitären Gemeinschaft rechnen, ebenso Vegetarier. Freilich zeigt dieses holzschnittartige Beispiel die Multidimensionalität identitärer Gemeinschaften. Dasselbe Individuum kann leicht beiden Gruppen zugleich zugerechnet werden, je nach Situation, Standpunkt und diskursivem Umfeld.

Die Bildung von Gemeinschaft vollzieht sich im Prozess der Identität. Identität ist hierbei in der inzwischen ganz herrschenden sozialwissenschaftlichen Methodik ein Prozess und keine individuelle Tatsache. Wer ich bin, ist stetem Wechsel unterworfen und eingebunden in bestimmte – keineswegs zufällige – Diskursformationen. Assmann führt hier das Verfahren von *opting-out* und *opting-in* an. Identität entsteht mithin aus dem Verhältnis positiver und negativer Bezugsgruppen. Nur dadurch, dass definiert wird, welcher Gruppe man nicht angehört, definiert sich

der identitäre Standort innerhalb der eignen Gruppe. „Eigen“ wie auch „fremd“ sind mithin keine statischen Begriffe, noch können sie unabhängig voneinander gebildet werden. Sie bedingen sich vielmehr gegenseitig. Ohne die Definition des Fremden, hat das Eigene keinen Standort und keinen Gehalt. Identität kann also als Prozess des Verhältnisses von eigen und fremd gedeutet werden.

Mit diesen Überlegungen in Zusammenhang steht das Konzept des „konstitutiven Außen“, das bei poststrukturalistischen Autoren wie Derrida, Laclau oder Butler pointiert ausgeführt wird. Das „Außen“, das „Fremde“, das „Nicht-Eigene“ ist also immer notwendige Voraussetzung zur Definition des Eigenen. Ohne Ausschluss, ohne Exklusion dessen, was notwendig ausgeschlossen sein muss, damit die Gruppe, die Institution oder jede gesellschaftliche Formation sich seiner Abgrenzbarkeit versichern kann, gibt es keine Bildung von Gemeinschaften.

Den Prozess der Ausgrenzung, der zur Bildung gesellschaftlicher Teilbereiche führt und damit identitäre Bedeutung setzt, wird in diesem Zusammenhang als Macht bezeichnet. Macht ist es, die gleichsam Deutungshoheit über das Sprechen von und über menschliche Gesellschaft schafft, indem sie (identitäre) Bedeutung setzt. Aber Macht ist es auch, die Bedeutungen wieder aufbricht, identitäre „Kerne“ hinterfragt und neue Gemeinschaften zum Entstehen bringt. Insofern lassen sich Identitätsprozesse auch immer als Machtprozesse deuten, die über Benennungen und die Gewinnung von Deutungshoheit oder „Hegemonie“ (Laclau) ablaufen. Dabei geht es um eine Art „Mikrophysik der Macht“ (Foucault).

Armut und Ausgrenzung

Identitäre Gruppen stehen in ihrer Bedeutung nicht hierarchielos nebeneinander. Vielmehr gruppieren sich Gemeinschaften – um mit Bourdieu zu sprechen – um soziale Felder und kulturelles Kapital herum. Im Inneren einer identitären Gruppe zu sein, eröffnet den Zugang zu solchen gesellschaftlichen Teilbereichen, kulturellen und materiellen Ressourcen. Hierzu nicht zu gehören, keinen Zugang zu haben, kann mithin auch als Resultat eines Prozesses der aktiven Ausgrenzung verstanden werden. Um es salopp zu formulieren: es liegt in der Natur der Sache identitärer Gruppen oder Gemeinschaften, Individuen zu benennen, die nicht Teil dieser Gruppe sind und in der Folge auch keinen Zugriff auf die von der Gruppe verwalteten Ressourcen haben. Diese Gruppenzuschnitte zu verändern und mithin auch die Verteilung dieser Ressourcen zu regeln bedarf eines Regimes der Macht, die sich als Diskurs- und Deutungsmacht versteht.

Armut kann verstanden werden als die Folge diskursiver Ausgrenzung oder Exklusion aus bestimmten gesellschaftlichen Teilbereichen, die mit der Verteilung von Ressourcen verbunden sind. Werden Menschen Merkmale zugeschrieben, die in vielen gesellschaftlichen Teilbereichen, Bestandteil eines „konstitutiven Außen“ sind, werden sie aus gesellschaftlichen Teilbereichen – gleichsam automatisch – exkludiert; dies gilt mit Blick auf Armut insbesondere für den Arbeitsmarkt – oder vorgelagert – für das Bildungssystem.

Das Verhältnis von Armut und Ausgrenzung ist also in bestimmter Weise zu denken. Am Anfang steht die (identitäre) Bezeichnung von Menschen durch bestimmter Zuschreibungen, die im Prozess der Gemeinschaftsbildung ausgegrenzt werden müssen, wenn die Gemeinschaft in ihrer bisherigen Form, aufgrund ihrer bisherigen Identitätserzählung, weiter bestehen soll. Die Folge daraus ist die Versagung des kulturellen und wirtschaftlichen Kapitals dieser Gemeinschaft; in Bezug auf den Arbeitsmarkt etwa die Versagung eines Lohnes für die Einbringung der eige-

nen Arbeitskraft. Armut ist also die Folge von Ausgrenzung und nicht umgekehrt. Aus je mehr Gemeinschaften oder sozialen Institutionen Menschen ausgegrenzt sind, umso ärmer sind sie.

Exklusion – Arbeitsmarkt – Armut

Der Arbeitsmarkt beispielsweise ist ein klassischer Teilbereich, bei dem Ausgrenzung mit Armut verbunden wird. Diejenigen, die von ihm ausgeschlossen werden, haben Zugangsprobleme zu den dort verhandelten materiellen Ressourcen. Solche Exklusionsmechanismen sind vielfältig. Bestimmte Menschen finden aus den unterschiedlichsten Gründen keine Stelle. Ausschlussmerkmale sind politische oder religiöse Einstellungen, Lebensweisen, Zurechnung zu bestimmten ethnischen oder rassistischen Gruppen, aber – viel wichtiger noch – das breite Feld dessen, was mit passender Qualifikation umschrieben wird und die vielgestaltigen Nuancen und Aufladungen, die sich dahinter verbergen. Einige dieser Ausschlussmechanismen bezeichnen wir als ungerecht, andere als angemessen. Einen Menschen nicht einzustellen etwa aufgrund des Geschlechtes, betrachten wir als ungerechtfertigte Ausgrenzung, während etwa zwei juristische Staatsexamen zur Voraussetzung für die Berufung auf eine Richterstelle zu machen, zwar Millionen Menschen ausgrenzt, uns aber als gerechtfertigt erscheint. Letztlich spielen hier politisch-ethische Entscheidungen eine Rolle, worauf wir im vierten Teil noch einmal kurz eingehen wollen.

Dass aber kein „nicht-exklusiver“ Arbeitsmarkt gedacht werden kann, lässt sich etwa an der Genese eines Bewerbungsverfahrens verdeutlichen. In Ländern mit einer gesteigerten Sensibilität für ungerechtfertigte Diskriminierungen, wie etwa Großbritannien, sind stärker reglementierte Bewerbungsverfahren üblich. Etwa können und teilweise müssen bei schriftlichen Bewerbungen Daten wie das Geschlecht, das Alter oder der Ort der Geburt aus den Bewerbungsunterlagen nicht ersichtlich sein, ebenso wird kein Bewerbungsfoto versandt. Diskurstheoretisch betrachtet wird also versucht Ausgrenzungskriterien für die Gruppe zu verringern. Nichtsdestoweniger bleiben in jeder schriftlichen Bewerbung – soll sie keine leeres Blatt sein – Informationen übrig, die als unterscheidungserheblich angesehen werden: etwa formale Abschlüsse, Art der bisherigen Berufserfahrung usw. Arbeitsmarkt als System funktioniert – wie alle gesellschaftlichen Bereiche – niemals völlig ausgrenzungsfrei.

Dahinter steht letztlich die Überlegung, dass die Auswahl von Personen für die Aufnahme in ein bestimmtes soziales Feld ethischen Grundentscheidungen Rechnung tragen muss. Aus Sicht eines Unternehmens etwa wird die Aussage getroffen: „Unser Team ist divers und besteht etwa nicht nur aus Männern und Weißen.“ Aus Sicht des Staates – etwa bei rechtlichen Vorgaben gegen Diskriminierungen im Arbeitsleben – stehen ähnliche politisch-ethische Überlegungen im Raum. Im Grunde lassen sich solche Aussagen auch als diskursive (Macht-)Verschiebungen deuten, die zum Ziel haben, den Zuschnitt von Gemeinschaften, Institutionen oder gesellschaftlichen Ordnungen insgesamt identitär neu und anders zuzuschneiden. Wer dazugehört und wer nicht, wird neu festgelegt. Eine Ausgrenzung wird dann – etwa durch das Mittel von Antidiskriminierungsregelungen – sanktioniert.

Freilich bedeutet eine Exklusion aus dem Arbeitsmarkt noch nicht automatisch Armut im klassischen Sinne (in Form von Mittellosigkeit und stark eingeschränkter sozialer Partizipationsfähigkeit), wenn die Arbeitslosigkeit durch „Mitgliedschaft“ in anderen Gemeinschaften ausgeglichen wird, die den Zugang zu den entscheidenden Ressourcen zu sichern vermag.

Die Aufgabe von Recht und Rechtspolitik in diesem Zusammenhang

Inklusion als politisches Projekt ist also zunächst ein sozio-analytisches Projekt. Es geht darum, einen Blickwechsel zu vollziehen und konsequent auf Prozesse von Ausgrenzung zu schauen und ihre Wirkungsmechanismen zu analysieren. Aufgrund der Ausschlussmechanismen einer sozialen Institution oder Gemeinschaft lassen sich Rückschlüsse auf die identitäre Erzählung dieser Gruppe ziehen. Der Blick darauf, was als „fremd“, „nicht-zugehörig“, „anders“, „unnormale“, „unerwünscht“, „(nur) toleriert“ markiert wird, verrät in erster Linie, wie die Sprecher sich selbst definieren. Im Wesentlichen ist das Projekt der Inklusion also mit einem Eingriff in Debatten und Diskurse um Identität verbunden. Es geht darum in Diskurse einzugreifen und Erzählungen zu bilden, die den Ausschluss so organisieren, dass er bestimmten ethisch-politischen Grundentscheidungen Rechnung trägt. Es sollte klar geworden sein: Ohne Exklusion gibt es keine Gesellschaft. Die Frage ist aber: Welche Kriterien werden angewendet und welche Wertentscheidungen stehen dahinter? Der Kampf um Inklusion ist also immer auch ein Kampf um Werte und Einstellungen.

Die Verteilung materieller Ressourcen funktioniert stets entlang sozialer Ordnungen, die diese Verteilung regeln.

Die Aufgabe von Recht ist in diesem Zusammenhang sicher zu stellen, nach welchen Kriterien diese Verteilungen vorgenommen werden. Verteilung bedeutet immer auch Ausgrenzung, denn nicht alle können alles haben, jedenfalls nicht zur gleichen Zeit. Gewendet auf den Arbeitsmarkt bedeutet dies etwa, dass der Staat festlegen muss, dass bestimmte Ausgrenzungskriterien illegitim sind, und gleichsam nicht gelten dürfen. Dies löst aber noch nicht das Problem, das sich ergibt, wenn eine Ausgrenzung anhand „legitimer“ Kriterien stattfindet; erinnert sei etwa an die Besetzung einer Richterstelle.

Der Zugang zu materiellen Ressourcen allein verhindert Armut aber noch nicht, wenn gleichzeitig eine massive Ausgrenzung aus wichtigen gesellschaftlichen Teilbereichen, etwa demokratische Institutionen (z.B. Wahlrecht), Kultureinrichtungen und so weiter stattfindet.

Zunächst geht es immer um die Öffnung bestehender sozialer Teilbereiche, indem das dazugehörige „Wir“ bearbeitet und definiert wird. In einem zweiten Schritt – oder auch als strategischer Zwischenschritt – geht es dann um die Schaffung neuer Gemeinschaften und sozialer Ordnungen, deren Regeln partiell andere sind. Das gilt für Vereine, Selbsthilfegruppen, Genossenschaften, ebenso wie für die Arbeitslosen- oder Rentenversicherung, oder einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

THEMA: ARCHIV LINKE KRITIK

Archiv Linke Kritik – Bericht der Redaktion

Nach dem Konzept des mündlichen Vortrags, überarbeitet.

Der Vorstand des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation hat Anregungen aus verschiedenen Richtungen aufgegriffen, Publikationen, die vom Verein gefördert wurden, in einem Archiv zusammenzustellen. Die Diskussion um die Verwirklichung dieses Projektes führte zu dem Konzept der Arbeitsumgebung, das in einem Vortrag bei der Vorstandstagung von „Archiv Linke Kritik“ am 31. März 2012 in Köln vorgestellt wurde (siehe den Auszug bei den Vorstandsunterlagen). Eine Realisierung steht unter der Internetadresse www.linkekritik.de zur Ansicht.

Inzwischen hat sich eine Redaktion gebildet, die an der Ausgestaltung des Archivs arbeitet. Diese hat sich am 30.3.2012 im Vorfeld der Mitgliederversammlung getroffen, um den Stand der Dinge zu prüfen und Festlegungen für die weitere Arbeit zu treffen. Die Redaktion ist zu der Meinung gekommen, dass das Projekt inzwischen so weit entwickelt ist, dass es vorgestellt werden kann. Dennoch handelt es sich immer noch um eine Testversion, deren evidente Schwächen und Fehler bis Anfang Mai bereinigt werden sollen.

www.linkekritik.de ist als gemeinsames Arbeitsprojekt von Autorinnen und Autoren und deren Arbeitszusammenhängen im Bereich der politischen Bildung zu begreifen. Die Sammlung dient der Vorbereitung von Publikationen und Veranstaltungen der politischen Bildung und mithin der Praxis. Deshalb hat die Redaktion auch über die politische Situation, in der unser Verein gegenwärtig zu politischer Bildung, linker Kritik und Kommunikation beitragen kann, beraten.

1. Wahrscheinlich befindet wir uns an einer politischen Wendemarke. Das Parteiensystem konfiguriert sich – möglicherweise – neu.

– Der Zulauf, den die LINKE wegen Unzufriedenheit an

SPD und Grünen erfährt, kann, wie sich zeigt, auch von anderen Kräften aufgefangen werden. Die Piraten und auch die Freien Wähler haben die politische Bühne betreten. Dabei bleibt die Fünf-Prozent-Klausel für die kleinen Parteien – von der FDP bis zur Linken und zu Teilen auch den Grünen – gefährlich.

– Die jetzige junge Generation ist nach dem kalten Krieg in einer neuen Welt aufgewachsen. Es scheint, als wolle ein relevanter Teil in das politische und kulturelle Erbe, wie es in den bis jetzt entstandenen Parteien gespeichert vorliegt, nicht eintreten. Dies ist ein Phänomen, das alle politischen Richtungen betrifft.

2. In der Staatspolitik sehen wir in Deutschland besonders markant einen Wandel im Politikstil. Sie entfernt sich weg von einer Konzeptpolitik, wie sie etwa Kohl verfolgte (Nato, Europa, Deutsche Einheit), die für Veränderungen der Umgebung relativ unempfindlich war, hin zu einer Politik des Lavierens, des Reagierens auf Ereignisse und deren Ad-hoc-Verarbeitung. Es darf nicht verkannt werden, dass dieser Politikstil, den Frau Merkel repräsentiert, weithin geschätzt wird, weil er (so hat es den Anschein) Umbauten und Anpassungsprozesse im sozialen System erleichtert. Ein gutes Beispiel ist die Frauen- bzw. Familienpolitik des Konservatismus, ein anderes die Rücksicht auf ökologische Forderungen. Dieser Politikstil besteht nicht in Beliebigkeit, verknüpft aber nicht – wie es etwa für Kohl typisch war – sog. Grundwerte mit ausführbaren Strategien. Dieser neue Politikstil ist sehr populär, er heißt Stabilität und Veränderung gleichzeitig.

3. Nun ist gerade die linke Politik der verschiedenen Richtungen seit jeher programmatisch-konzeptionell angelegt und neigt dazu, Grundsätzliches mit Praktischem äußerst eng zu verflechten. Ein solcher Politikstil wird von

den oben angedeuteten Veränderungen der öffentlichen Erwartungen besonders herbe getroffen. Und lassen meistens Schrecken und Peinlichkeiten die entstehen, wenn versucht wird über das ganz Andere zu reden. Regelmäßig münden solche Debatten, z.B. über die Wege zum Kommunismus, in Stichworten wie Verstaatlichung, Realsozialismus-Verklärung ... In der Praxis der linken Politik zeigt sich, dass die Orientierung auf Konzeption und Programmatik in einer Schar unterschiedlicher, auch widersprechender, praktischer Konzepte mündet, was aber dem Ziel aller konzeptionell angelegten Politik – Einheit! – direkt entgegensteht.

4. Trotz der offenkundigen Zersplitterung bleibt im Prozess der politischen Willensbildung – erstaunlicherweise – ein Stilzusammenhang von „linker“ Politik erkennbar und wirksam. Wie lässt sich das erklären?

5. Mit Blick auf den ganzen gesellschaftlichen Zusammenhang zeigen sich im sozialen und politischen Geschehen stets Orientierungen, die mit Handlungen verbunden werden. Vorstellbare Pole solcher Orientierungen wären:

Kooperation	<>	Privation	(Rawls, Mensch zur Kooperation befähigt)
Kommunikation	<>	Exklusion	(Luhmann, Gesellschaft / Mensch)
Diskurs	<>	Kommando	(Habermas, Freier Diskurs)

Eine Orientierung auf die linke Spalte dieser Tabelle führt zu Handlungen und Kritiken, die „linker“ Politik zugeordnet werden können.

6. Solche Muster haben Gewicht, weil sie in der Demokratie bei der Findung anstehender Entscheidungen eine Rolle spielen. Sie bedeuten eine Art und Weise, mit den Überraschungen des sozialen Lebens fertig zu werden. Es ergibt sich eine linke, kritische Einstellung, die nicht durch formulierte Ziele zusammengehalten werden muss, sondern bei der Neubestimmung und Durchsetzung von politischen Zielen eine Kooperation ermöglicht.

7. So zeigt sich in Auseinandersetzung mit konkreten Problemlagen, mit auftauchenden Ereignissen und Anforderungen ob eine „linke“ belastbare Alternative erarbeitet und ins Spiel der öffentlichen Meinung gebracht werden kann.

8. Im politischen System, in dem es um die Setzung von rechtlichen Normen und die Bereitstellung öffentlicher Dienste und Infrastrukturen geht, zeigt sich, dass die belastbare linke Alternative am ehesten für Aktivitäten

A) der öffentlichen Hand
B) sowie im kommunalen/regionalen Wirkungskreis entwickelt werden.

A: Das Verhalten der öffentlichen Hand kann durch Meinungs- und Mehrheitsbildung beeinflusst werden, so dass entsprechende Diskurse wirksam werden können,

B: Die tragfähige Verständigung der Beteiligten und Betroffenen kann sich leichter heraus bilden, wenn der Ge-

genstand der Entscheidung im Umkreis der eigenen Erfahrung liegt.

9. Bei der Arbeit an der Entwicklung belastbarer Alternativen linker Politik müssen Verfahren der politischen Meinungsbildung (Kontingenz, Auswahl, Mehrheitsentscheid) mit solchen der wissenschaftlichen Arbeit (wahr/unwahr, nachvollziehbare Theorien und Methoden) verbunden werden.

Die politische Willensbildung mündet in der repräsentativen Demokratie in die Entscheidung über Regierung und Opposition. Sie richtet sich auf die Zukunft, auf das was geschehen soll. Bei der Entwicklung solcher Alternativen muss die gesellschaftliche Erfahrung gesichtet und bewertet werden und wird dadurch zum Gegenstand einer politischen Untersuchung mit wissenschaftlichen Methoden.

Solche Reflexionsprozesse beziehen sich zwar prinzipiell auf die Erfahrungen der ganzen Welt, in besonderer Weise aber auf eigenverantwortlich entwickelte Pläne und politisch durchgesetzte Vorhaben.

In der politischen Welt entstehen solche Ansätze durchgängig in engeren Arbeits- und Diskussionszusammenhängen, die dementsprechend eine spezifische Art kollektiven Gedächtnisses entwickeln.

Die Dokumentation von Arbeitsergebnissen und –unterlagen in einer virtuellen Arbeitsumgebung macht es den Beteiligten praktisch möglich, ihre politische Willensbildung wissenschaftlich zu reflektieren und sich darüber mit vertretbarem Aufwand auszutauschen.

10. Unser Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation ist in die Herausbildung dieser neuen Konstellation eingebettet, die sich in Entwicklung und Schicksal der Organisationen der Neuen Linken bereits in den siebziger Jahren erkennen lässt. Für diese Organisationen war ein großer Argumentationsaufwand typisch sowie die breit angelegte Erarbeitung von Argumenten durch Kritik von Wissenschaft und Reflexion eigener Erfahrungen. In Folge dessen ist eine Menge von Material vorhanden, das die Prozesse politischer Willensbildung wiedergibt und mit den Mitteln moderner Technik relativ leicht nicht nur für Spezialisten, sondern für viele greifbar und nutzbar gemacht werden kann.

11. Die von uns in Angriff genommene Sammlung will die Arbeit an der Entwicklung belastbarer politischer Alternativen mitwirken, wir erhoffen uns von dieser Anstrengung:

a) eine Verbesserung des politisch-wissenschaftlichen Werkzeugs und ihrer Ergebnisse

b) eine Anregung zum gewissenhaftem Umgang mit politischen Erfahrungen im wissenschaftlichen Sinn.

Zu diesem Zweck erfassen wir die von unserem Verein geförderten Produktionen, die Arbeitsergebnisse, Quellen und Bezüge, die von ihren Autorinnen und Autoren seit dem 1.1.2012 erstellt wurden. Gleichzeitig ist das System so angelegt, dass die frühere Arbeitsergebnisse systematisch erschlossen werden können.

Auf diesen Vortrag folgte eine kurze Vorstellung der Plattform www.linkekritik.de, die von der Mitgliederversammlung freundlich aufgenommen wurde. Siehe dazu auch das Protokoll.

Berichterstattung: Martin Fochler, Edda Lechner, Helmut Lechner

Der Beitrag „Russland wählt Stabilität und Sicherheit“ von Wolfgang Grabowski wurde aus Aktualitätsgründen –

Präsidentenwahlen in Russland – bereits in der Ausgabe Nr. 4/2012 der Politischen Berichte veröffentlicht.

Linke in Russland von Wolfgang Grabowski

Vorbemerkung

Russlands Linke – oder sich als solche Bezeichnende – stellen ein sehr breites Spektrum der verschiedensten Parteien, Strömungen und Gruppierungen dar. Es reicht von Nationalbolschewiken, Stalinisten, klassischen Marxisten-Leninisten, Neomarxisten bis zu Anarchisten. Diese Linken sind mehr oder weniger organisiert, sind aber untereinander stark zerstritten. Zu gemeinsamen Aktionen kommt es kaum, was in den 90er Jahren in der Auseinandersetzung mit dem Jelzin-Regime schon einmal anders war. Bei den Protesten im Zusammenhang mit den Duma –Wahlen im Dezember 2011 sind neue Anstrengungen zur Aktionseinheit unternommen worden. Die „Linksfront“ wurde geschaffen, ihr Frontmann ist Sergej Udaltow, der zwar zur KPRF kritisch steht, aber Wahlmann für den Präsidentenkandidaten der KPRF, Gennadij Sjuganow wurde.

Linke Kräfte sind jedoch auch in den Gewerkschaften, in Hochschulen und Akademie-Instituten, in den vielen gesellschaftlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, ja selbst in administrativen Strukturen und deren Bildungseinrichtungen (z.B. in den Akademien zur Aus- und Weiterbildung von Kadern für den Staatsapparat und die Parlamente) und in den kremlnahen Parteien zu finden.

Und wir haben es mit einem Phänomen zu tun, das man als „Sowjettum“ (советность) bezeichnen könnte. Auf dem Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Russland – Belarus vom 20. Februar 2007 in Moskau wurde diese Entwicklung besonders hervorgehoben. So sehr sich die „Demokraten der ersten Stunde“ und Prowestler unter Jelzin auch bemühten, alles Sowjetische zu zerstören und aus dem Volksgedächtnis zu tilgen, es ist nicht gelungen. Im Gegenteil. Nach anfänglich stark verbreiteter prowestlicher Euphorie ist die Stimmung auf Grund der katastrophalen Entwicklung in den 90er Jahren, des sich auftuenden Abgrunds zwischen Arm und Reich, des rücksichtslosen und arroganten Vorgehens der „Sieger“ im Kalten Krieg umgeschlagen und hat die Erinnerung an die Zeit der Sowjetunion wieder aufleben lassen. Diese Entwicklung ist jedoch sehr differenziert zu betrachten und wird durch westliche Einflüsse, die insbesondere unter jungen Menschen wirksam sind, relativiert. Und dennoch, bei vielen hat sich die Ansicht verfestigt, dass man früher besser und trotz mancher Repressionen insgesamt sicherer gelebt habe. Man trauert dem Verlust der Sowjetunion, dem Gefühl, zu einer die Welt gestaltenden Kraft gehört zu haben, nach. Der Zusammenbruch der Sowjetunion wird von großen Teilen als Tragödie empfunden. Die Auffassung, dass die Sowjetunion nicht zwangsweise untergehen musste, erhält wachsenden Zuspruch, wie der ehemalige Premierminister Jewgenij Primakow in seinem Buch „Das Minenfeld der Politik“ (Moskwa, 2006, „Molodaja Gwardija“) feststellte.

Das Phänomen des „Sowjettums“ umfasst politische Sichten, ein ausgeprägtes Gefühl für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, demokratische Teilhabe an kulturellen Errungenschaften, für Alltagskultur und mentales Verhalten, Wohlgefallen an Geselligkeit, Gastfreundschaft und Zusammengehörigkeit.

Die Kremlführungen nach Jelzin waren und sind bestrebt, diese Grundstimmungen zu beachten, was im Land

nicht unwesentlich zur Akzeptanz der Person des Präsidenten und im Westen erneut zu Argwohn und Wiederbelebung des Feindbildes beigetragen hat.

1. Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)

Die KPRF ist trotz des Aderlasses der letzten Jahre stärkste Oppositionskraft geblieben. Sie verfügt in allen Regionen des Landes über aktive Strukturen mit insgesamt etwa 200 000 Mitgliedern. Sie hat 57 der 444 Duma-Sitze inne (10 mehr als in der letzten Duma). Für die Partei stimmten bei den letzten Duma-Wahlen vom 2. Dezember 2007 über 8 Millionen Wähler, sie gewann absolut etwa 500 000 Stimmen hinzu. Da die Wahlbeteiligung insgesamt höher war als 2003, konnte sie jedoch nur 11,6 % der Wählerstimmen erreichen, 2003 waren es noch 12,6 %.

Bei den Präsidentenwahlen am 2. März 2008 konnte die KP einen deutlichen Zuwachs verzeichnen. Ihr Kandidat, Gennadij Sjuganow, erhielt 17,7 % der abgegebenen Stimmen.

Bei den Duma-Wahlen am 4. Dezember 2011 wurde das Wahlergebnis mit 19,16 % Stimmenanteil (92 Sitze, 2007: 57) weiter verbessert. Gennadij Sjuganow erhielt bei der Präsidentenwahl am 3. März 2012 17,19 % der Stimmen.

Im Kampf gegen das KPdSU-Verbot und gegen das Jelzin-Regime in den 90er Jahren hatte sich die KP zur stärksten politischen Kraft im Land mit etwa 600 000 Mitgliedern entwickelt. Sie verfügte in der Duma und in den Regionen (fast die Hälfte der Gouverneure besaßen ein KP-Mandat) über sehr starke Positionen und scharte in der Patriotischen Front eine Vielzahl oppositioneller Kräfte um sich. Sie war in der Lage, dem Kreml Paroli zu bieten. Nicht wenige Diskussionsredner auf dem Parteitag im April 1997 warfen Sjuganow vor, dass er nicht konsequent genug gegen die Fälschungen der Präsidentenwahlen von 1996 vorgegangen sei und Jelzin – ohne Absprache in der Führung – vorschnell zum Wahlsieg gratuliert und nicht den Kampf um die Macht geführt habe. Viele waren damals überzeugt, dass Sjuganow mehr Stimmen als Jelzin erhalten habe. Sjuganow wurde aufgefordert, zu dieser Kritik Stellung zu nehmen. In seiner Antwort betonte er, dass die KP und ihre Verbündeten weder in der Zentrale noch auf regionaler Ebene in der Lage wären, die Regierungsgewalt auszuüben. Diese Argumentation wurde schließlich mehrheitlich akzeptiert.

Die KP hatte ihre Autorität in dieser Zeit vor allem in der Auseinandersetzung um die katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Jelzin-Politik sowie deren Westabhängigkeit durch Verwendung patriotischer und sozialer Lösungen erreicht. Aber schon in dieser Zeit fiel auf, dass die Parteiführung und die Partei insgesamt in altlastiger, orthodoxer Programmatik verharren und nicht in der Lage waren, zeitgemäße Angebote für die innen- und außenpolitischen Herausforderungen zu erarbeiten. Damals fiel das allerdings nicht so sehr ins Gewicht, da schon allein mit einer Anti-Jelzin-Haltung immer mehr Bürger angesprochen werden konnten. Diese Stimmung kulminierte in den Ereignissen von 1998, als die abenteuerliche Wirtschafts- und Finanzpolitik wie ein Kartenhaus zusammenfiel und der Kreml sich gezwungen sah, populä-

re und kompetente Politiker wie Jewgenij Primakow mit der Bildung einer Konsolidierungsregierung zu beauftragen, die ihre Aufgabe auch bravourös löste. Stellvertreter des Premiers war der Kommunist und Wirtschaftsfachmann Jurij Masljudow. Und nur mit allergrößten Anstrengungen konnte der Kreml, gestützt auf die Oligarchen und ihre Gefolgsleute in den Regionen und im Ausland, bei den Wahlen 1999/2000 eine Mitte-Links-Führungsvariante verhindern. Die KP war trotz des kometenhaften Aufstiegs/Aufbaus der neuen Kremlpartei „Einiges Russland“ stärkste Partei geblieben und stellte in fast allen Duma-Ausschüssen den Vorsitz. Der in der Bevölkerung äußerst populäre Primakow war lange Zeit als aussichtsreicher Präsidentenkandidat im Gespräch.

Auf die nach dem Jelzin-Rücktritt eingetretenen Veränderungen war die KP-Führung nicht vorbereitet. Präsident Putin vertrat nicht wenige Positionen der KP im patriotischen und sozialen Bereich (Internet-Artikel vom Dezember 1999, Beitrag im ND „Putin lässt den Wodka im Schrank“) und verlor durch sein konsequentes Vorgehen, u.a. gegen die Oligarchen Beresowskij und Gussinskij, die zu den Hauptstützen der „Kremlfamilie“ gehörten, bald den „Stallgeruch“ seines Vorgängers und gewann Rückhalt in der Bevölkerung.

Nach dem anfänglichen Versuch einer „konstruktiven Opposition“ schwenkte man bald zu einer „totalen Opposition“ um, ohne im erforderlichen Maß für die Bevölkerung plausible, den realen Erfordernissen entsprechende Alternativen anzubieten. Die Quittung dafür erhielt die KP bei den Duma-Wahlen 2003, wobei die Ausgrenzung durch die Medien ebenfalls ihre Wirkung hatte. Sie stürzte auf 12 Prozent ab. In der Partei rumorte es, und eine schonungslose Aufarbeitung der Ursachen für die Wahlniederlage wurde gefordert. Dies wurde jedoch von Sjuganow und seinen Unterstützern in der Parteiführung verhindert. Einflussreiche Parteimitglieder, wie der Duma-Sprecher Gennadij Selesnjow, die eine Umorientierung auf eine konstruktive Oppositionspolitik und die Aufgabe realitätsferner Dogmen und Positionen forderten, wurden aus der Partei ausgeschlossen. Die Zusammenarbeit mit dem jungen Wirtschaftswissenschaftler Sergej Glasjew, den viele in der KP gern als Kandidaten für die Präsidentenwahlen gesehen hätten, wurde aufgekündigt. Zerstritten und uneinig ging man an die Vorbereitung des turnusmäßigen Parteitags vom 3. Juli 2004.

Als klar wurde, dass Sjuganow alles daran setzen würde, die Zügel in der Hand zu behalten und den Weg für einen offenen und konstruktiven Dialog, für eine inhaltliche und personelle Erneuerung nicht freizugeben, rebellierten nicht nur Einzelne, wie in der Vergangenheit, sondern ein nicht geringer Teil von ZK-Mitgliedern und wichtiger regionaler Parteiorganisationen. Leider wurde von diesen nicht die inhaltliche Auseinandersetzung auf einem gemeinsamen Parteitag gesucht, sondern es erfolgte die Abspaltung auf einer eigenen, abenteuerlichen Veranstaltung mit ähnlich ausgrenzenden Thesen. Das wurde von einer Mehrheit, auch von kritisch gestimmten ZK-Mitgliedern abgelehnt. Sie sahen in der entstandenen konfusen Lage keine Alternative zu Sjuganow und den von diesem vorgelegten Parteitagpapieren. Parteiausschlüsse in Folge der Ereignisse vom 3. Juli 2004 verfestigten das Negativeimage als rückwärts gewandte, nicht erneuerungsfähige Partei. Die abgespaltene Partei (wie hieß sie?) erhielt keinen nennenswerten Zuspruch und stellte ihre Tätigkeit inzwischen ein.

Die Hauptprobleme blieben ungelöst:

– Unfähigkeit oder Unwillen, die Lage in und um Russland realistisch einzuschätzen. Dazu gehört die Bewertung der Veränderungen seit Beendigung der Präsidentschaft Jelzins, das Verhältnis zur Präsidentenadministration un-

ter Putin sowie zu den Macht- und Verwaltungsstrukturen in den Regionen. Die Parteiführung unter Sjuganow vermochte es nicht, konstruktive Angebote zur auch in Russland stehenden schwierigen Frage „Opposition – Leitungsverantwortung“ auszuarbeiten. Nicht wenige Gouverneure, regionale Duma-Vorsitzende, die Mitglieder der KP sind/waren oder ihr nahe stehen, wurden verprellt, weil sie in erster Linie für ihre Region und deren Bewohner Nützliches leisten wollen und müssen, mit verstaubten Worthülsen und veralteten, lebensfernen Konzeptpapieren aber nichts anfangen können, diese ablehnen. Die gewaltige Potenz der vielen „roten“ oder sympathisierenden Gouverneure und Republikpräsidenten wurde nicht genutzt.

– Aus der Analyseschwäche resultierte das Unvermögen, realistische, für Mehrheiten der Bevölkerung verständliche Schlussfolgerungen, Aufgabenstellungen und politische Lösungen zu formulieren und diese in ständiger Wechselwirkung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktion zur Massenwirksamkeit zu bringen. Die Parteiführung hatte sich in Parlamentarismus verfangen und erschöpft, dabei ihre hauptsächliche Stärke, über die keine andere Partei verfügt, nämlich ihre Massenbasis mit funktionierenden Strukturen, sträflich vernachlässigt. Das trifft auch für die Arbeit in alternativen Bewegungen und besonders unter der Jugend zu. Dem Alterungsprozess der Partei konnte nicht wirksam entgegen getreten werden.

– Die Parteiführung hatte sich als unfähig für Dialog und produktive Austragung von Konflikten erwiesen. Maßgeblich hat dazu der patriarchalische, unduldsame Führungsstil (вождизм) von Sjuganow beigetragen.

– Und schließlich hat das Kungeln mit Oligarchen (Jukos, Beresowskij) und den Rechten im Wahlkampf 2003 der KP schweren Schaden zugefügt. Nicht wenige Parteiveteranen verließen daraufhin die Partei.

Eine beachtliche Zahl von KP-Mitgliedern, die sich nicht gänzlich zurückziehen wollten, war vor allem zu „Rodina“ und der Rentnerpartei gewechselt.

Die KPRF arbeitet mit einigen sich kommunistisch zeichnenden Splitterparteien und Gruppen zusammen. Die einflussstärkste davon ist die Russische Kommunistische Arbeiterpartei – Revolutionäre Partei der Kommunisten (RKRП – RPK, Vorsitzender ist Viktor Tjulkin). Ihr gutes Ergebnis von 2003 (2,3 %) konnte sie bei den Duma-Wahlen 2007 nicht wiederholen. Ihr Einfluss ist vor allem in Petersburg stark. Dort hat auch die von Viktor Anpilow geführte Partei Arbeitendes Russland (TR) ihr Hauptbetätigungsfeld. Zusammenarbeit besteht auch mit der Union der Kommunistischen Jugend (SKM) und der Avantgarde der Roten Jugend.

Die Wahlen vom 11. März 2007 in 14 Regionen, die eine ähnliche Wahlbeteiligung (39,17 %) wie bei vorangegangenen Regionalwahlen hatten, verliefen für die KPRF erfolgreich. Hinter „Einiges Russland“, das auf 46 % kam, errang sie mit 15,77 % den zweiten Platz vor „Gerechtes Russland“, das 11,7 % erreichte. Das ist deutlich besser als bei den Regionalwahlen Anfang Oktober 2006 oder bei den Duma-Wahlen 2003. Besonders in folgenden Regionen konnte die KP beachtlich zulegen: im Orlower Gebiet (von 16,29 % auf 23,78 %), im Omsker Gebiet (von 16,24 % auf 22,41 %), im Moskauer Gebiet (von 9,68 % auf 18,58 %), im Murmansk-Gebiet (von 7,44 % auf 17,47 %), im Leningrader Gebiet (von 9,05 % auf 17,05 %) und in Petersburg (von 8,48 % auf 16,02 %). Die KPRF war die einzige Partei, die bei diesen Wahlen ihre Anhängerschaft absolut vergrößern konnte, und zwar um über 45 000 Stimmen. Alle anderen Parteien verloren Wähler: die Liberal-demokratische Partei – 607 000, „Einiges Russland“ – 505 000, die „Union der Rechten Kräfte“ – 125 000. Zu bedenken ist auch, dass der KPRF weitaus weniger finanzielle, mediale und administrative Ressourcen zur Verfügung standen.

Es scheint, als würde die KP die Talsohle verlassen. Es zählt sich aus, dass die Partei sich wieder konkreter und sichtbarer in die sozialen Auseinandersetzungen einbringt und die Arbeit an der Basis, u.a. mit Gewerkschaften, verstärkt hat. Die Anstrengungen, mit Hilfe junger Soziologen und Computerspezialisten vor Ort die Lage zu analysieren und exakter herauszufinden, was die einfachen Bürger bewegt, haben sich offensichtlich gelohnt. Man hat sich nicht auf das übliche Parteigezänk eingelassen, das im Wahlvolk für Überdruß sorgt, sondern eigene Akzente gesetzt, eigene Ansätze für realistische Problemlösungen angeboten. Nicht zu übersehen sind die Bemühungen um Zugang zu Wissenschaft und Wissenschaftlern, für eine unabhängige und besser geförderte Akademie der Wissenschaften. In den Wissenschaftszentren des Moskauer Gebiets schnitt die KPRF bei den letzten Regionalwahlen besonders erfolgreich ab: im „Sternenstädtchen“ 34 %, in den Ortschaften Shukowskij – 30 % und Jubilejnij – 37 %.

Auffällig ist, dass die KP besonders dort, wo die örtlichen Parteileitungen Kritik an Inhalt (Realitätsferne) und Stil der zentralen Führungsarbeit geäußert haben (u.a. in Angarsk und Irkutsk) deutlich überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielt haben.

Die KPRF ist verstärkt bemüht, komplette Gesetzesvorlagen vorzulegen und mit außerparlamentarischen Aktivitäten zu verknüpfen. Die Hinwendung zu konstruktiver, realpolitischer Oppositionsarbeit, an der es in den vergangenen Jahren mangelte und die von vielen bemängelt wurde, ist erkennbar. (Die Fakten und Bewertungen der letzten Regionalwahlen sind dem Bericht des 1. Stellvertreters des Vorsitzenden des ZK der KPRF, Iwan Melnikow, auf dem 9. Plenum vom 24. März 2007 entnommen. Dieser hat sich in letzter Zeit häufig zu Wort gemeldet, so auch in Auswertung der Wahlen von 2011/12.)

2. Die Partei „Gerechtes Russland“

Am 28. Oktober 2006 wurde in Moskau in der Akademie des Staatsapparates die Partei „Gerechtes Russland“ gegründet. In ihr haben sich die drei Parteien „Rodina“, die „Russische Partei der Rentner“ und die „Russische Partei des Lebens“ zusammengeschlossen. Zum Parteivorsitzenden wurde der Vorsitzende des Föderationsrates, Sergej Mironow, gewählt. Der ehemalige Chef der Rentnerpartei, Igor Sotow, wurde Sekretär des Zentralrates, der Vorsitzende von Rodina, Aleksandr Babakow, Sekretär des Präsidiums des Zentralrats. Die redigierte Satzung von „Rodina“ wurde zur Grundlage der neuen Partei. Präsident Putin hatte eine Grußbotschaft geschickt, in der „die Entscheidung, die Kräfte zu bündeln, um eine Stärkung der demokratischen und sozialen Grundlagen unseres Staates zu erreichen“, hervorgehoben wurde.

Am 26. Februar 2007 fand der 1. Parteitag statt. Die Partei soll sich zu einer staatstragenden Mitte-Links-Kraft entwickeln, die sich vor allem um soziale Belange und um die Auseinandersetzung mit Ungerechtigkeiten kümmern will. Ein klares politisches Programm konnte nicht erarbeitet werden. Der Vorsitzende der Partei, Mironow, benutzte populistische Losungen wie „soziale Gerechtigkeit hier und heute“ und forderte, einen Großteil der Mittel aus dem riesigen Stabilitätsfonds für soziale Zwecke auszugeben. Er erklärte, dass man in Russland Sozialismus aufbauen müsse und dass er als Verfechter sozialistischer Ideale eine kapitalistische Entwicklung in Russland ablehne.

Dennoch blieb der Eindruck, dass die neue Partei als Instrument der vom Kreml „gelenkten Demokratie“ funktionieren und durchaus auch als Gegengewicht gegen die die Duma und die regionalen Parlamente beherrschende Partei „Jedinnaja Rossija“ (Einiges Russland) wirken soll, deren Alleinherrschaft Probleme verursacht und deren Mög-

lichkeiten sich offensichtlich erschöpfen trotz der Ergebnisse bei den letzten Regionalwahlen (die Duma-Wahlen dürften ein realeres Bild geben, wenn keine Direktmandate mehr möglich sind). Die neue Partei soll Sammelbecken für kritisch gestimmte Kräfte werden und der Arbeit des Parlamentes, von der man in der Bevölkerung nicht viel hält, Auftrieb geben. Sie soll im linken Wählerspektrum „fischen“ und der KP Stimmen abjagen, wie es „Rodina“ schon einmal bei den Duma-Wahlen 2003 gelungen war. Hier wiederholt der Kreml ein Manöver mit neuen und alten Kräften. Bei den Regionalwahlen Anfang Oktober 2006 hatten die drei Parteien, die noch einen getrennten Wahlkampf geführt hatten, beachtliche Ergebnisse erzielt. Bei den Wahlen in 14 Regionen am 11. März 2007 wurden die Erwartungen nicht erfüllt. Der zweite Platz musste mit deutlichem Abstand der KPRF überlassen werden.

3. Die „Neue Linke“

Die „Neue Linke“ ist ein eher lockeres Sammelbecken verschiedener Gruppen. Die neuen Linken betrachten sich als die wahren Linken in Russland und kritisieren dementsprechend alle anderen, vor allem auch die KPRF, als opportunistisch und angepasst. Es werden Anstrengungen unternommen, um mit autonomen Gewerkschaftsorganisationen zu kooperieren.

Die „Neue Linke“ ist zahlenmäßig schwach. Festgefügte Organisationsformen bestehen nicht. Die Kommunikation erfolgt hauptsächlich über Internet und die Arbeit ist projektorientiert. Es haben einige Wochenend-Veranstaltungen mit jeweils rund 150 Teilnehmern stattgefunden, die mit dem „Treffen von Golizyno“ vor einigen Jahren begonnen wurden. Hauptakteur war dabei Boris Kagarlitzkij. Das letzte (vierte) Treffen fand im Juli 2006 anlässlich des G8-Gipfels in Petersburg statt, zugleich als 2. Russisches Sozialforum deklariert.

Hier spielte Carine Clément vom Institut für Kollektive Aktion (IKD) neben Kagarlitzkij eine führende Rolle. Das Treffen war überschattet von einer provokativen Aktion von Boris Kagarlitzkij und Semjon Shaworonkow von der Anti-Oligarchen-Front (KOFR). Sie hatten ein von niemandem autorisiertes Papier „Sturmwarnung“ vorgelegt, in dem harsche Korruptionsvorwürfe vor allem gegenüber der KPRF und „Rodina“ vorgebracht wurden. Mit dem Papier wurde die langjährige Zusammenarbeit mit dem einflussreichen Jugendfunktionär der KP Ilja Ponomarjow stark beschädigt. Turbulenzen erreichten auch das Moskauer Institut für Globalisierung (I PROG), das als Forschungsinstitut zugleich als eine wichtige inhaltliche Stütze der neuen Linken gilt. Kagarlitzkij wurde als Direktor abgelöst. Es wird nun von Michail Deljagin, seinem Gründer, geleitet.

Zu beachten ist auch die Gruppe um Aleksandr Busgalin, Professor an der Moskauer Universität. Unter seiner Leitung erscheinen die Hefte „Alternative“ mit lesenswerten Beiträgen zu globalen Entwicklungen, zu Fragen des Marxismus und zum Trotzkismus. Die Gruppe, der etwa 30 bis 40 Intellektuelle hauptsächlich aus dem Hochschulbereich angehören, ist politisch weniger ambitioniert. Ihre Versuche, Kontakt zu Streikenden in Betrieben zu finden, waren wenig erfolgreich.

4. Russlands Linke und die Globalisierung: „Alterglobalisten“ versus „Antiglobalisten“

In Russland besteht eine durchaus nennenswerte antiglobalistische Bewegung, wobei diese durchaus nicht nur durch Linke getragen wird, sondern auch von konservativen, nationalen bis nationalistischen, klerikal-orthodoxen

(Mitropolit Kirill, Leiter der internationalen Abteilung des Moskauer Patriarchats) sowie teilweise gar antisemitischen Kräften ausgeht.

Aber auch in dieser Frage sind die Linken zersplittert. Zwei Hauptrichtungen und -gruppen sind auszumachen:

Das sind einmal all jene, die sich als „Alterglobalisten“ bezeichnen. Sie fühlen sich eher mit dem im Westen und in Europa geprägten Anti-Globalismus verbunden. Ihre Repräsentanten sind Boris Kagarlitzkij, Aleksandr Busgalin, Alla Glinchikowa, Semjon Shavoronkow, die regelmäßig an den Veranstaltungen des Weltsozialforums teilnehmen und dort als „Stimme und Gesicht“ der Antiglobalisten Russlands wahrgenommen werden.

In die zweite Hauptgruppe kann man Antiglobalisten einreihen, die stark nationale bis nationalistische Anliegen vertreten. Sie vereint die Sorge, dass das nationale Kulturerbe der globalisierten Massenkultur geopfert werden könnte. In den Augen der Antiglobalisten würden die Alterglobalisten versuchen, die Weltprobleme, einschließlich der sozialen, im Rahmen der westlichen Wertevorstellungen zu lösen. Diese antiglobalistische Strömung ist sehr komplex. Ihr können u.a. Parteifunktionäre wie Gennadij Sjaganow mit seinem Buch „Globalisierung und die Zukunft der Menschheit“ (2002 erschienen), Intellektuelle

wie der Kulturphilosoph Aleksandr Panarin, der Politikphilosoph Sergej Kara-Murza, der Wirtschaftswissenschaftler Michail Deljagin, der Schriftsteller und Herausgeber Aleksandr Prochanow, zugeordnet werden.

Zum Schluss

Die Entwicklung in Russland und die erstarkte Wirkung Russlands in den internationalen Beziehungen verdienen entsprechende Aufmerksamkeit.

Linke im Westen sollten sich auf den aufstrebenden Osten einstellen, genau hinschauen und zuhören, sich Vorurteilen in den Weg stellen, den Dialog suchen.

Viele identische oder ähnliche Positionen werden sich finden, vornehmlich auf internationalem Gebiet: Gewaltfreiheit und Ablehnung von Kriegen, bedingungslose Respektierung des Völkerrechts und des Primats der UNO, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und Unverletzlichkeit der territorialen Integrität, Ablehnung hegemonialer Bestrebungen, und Blockbildungen, also auch der Nato, Eintreten für eine demokratische, pluralistische Weltordnung, in der Armut und Hunger und damit Wurzeln für Terror wirkungsvoll bekämpft werden und vieles mehr.

THEMA: VEREINSNACHRICHTEN

Protokoll der Jahrestagung 30.3. bis 1.4.2012

Top Vereinsangelegenheiten:

a) Berichte des Vorstandes

- Martin Fochler berichtet über die Arbeiten an einem Archiv im Internet. (Der Vortrag wird in den Materialien veröffentlicht.)

- Haushaltsbericht 2011 und Haushaltplan 2012 werden diskutiert. Der Bericht über die Kassenprüfung liegt vor. Die Kassenprüfer haben keine Beanstandungen und beantragen die Entlastung des Vorstandes.

Das geschieht einstimmig.

Der Haushaltsplan für 2012 wird einstimmig gebilligt.

b) Wahl des Vorstandes:

Als Sprecherin und Sprecher werden Brigitte Wolf und

Christoph Cornides einstimmig gewählt.

Als Verantwortlicher für Finanzen wird Rüdiger Lötzer einstimmig gewählt.

In den erweiterten Vorstand werden als Block einstimmig gewählt:

Christiane Schneider, Thorsten Jannoff, Alfred Küstler, Jörg Detjen, Martin Fochler, Edith Bergmann, Helmut Lechner.

Als Kassenprüfer werden Harald und Michael wiedergewählt.

Im Sommer soll formell die Internet-Redaktion konstituiert werden (siehe Bericht Internet-Archiv).

Top Gemeinsame Veranstaltung mit dem Forum demokratische Sozialisten (fds) NRW:

Verfestigung von Armut in einem reichen Land – irreversibel? Was können wir tun?

Folgende Referate wurden vorgetragen und diskutiert:

Martin Fochler: Impulsreferat

Matthias W. Birkwald (MdB Die Linke, Ausschuss für Arbeit und Soziales): Grundsätze LINKER Rentenpolitik.

Gabi Giesecke: Blick auf verfestigte Armut aus Sicht der Bundesagentur für Arbeit.

Jonas Bens: Ausgrenzung versus Inklusion – Rechts- und gesellschaftspolitische Perspektiven

Alle diese Vorträge sollen in den Materialien veröffentlicht werden.

Top Osteuropa – EU – Russland: Europäische Sicherheitsarchitektur/Abrüstung

Vortrag von Wolfgang Grabowski, lange für die DDR in der Sowjetunion tätig, Botschafter der DDR in Indien und heute Rosa Luxemburg Stiftung. Kürzlich als Wahlbeobachter in Russland.

Diskussion mit reger Beteiligung.

Auch dieser Vortrag soll in den Materialien veröffentlicht werden.

Protokoll: Claus Udo Monica

Bericht über die Kassenprüfung für das Jahr 2011

1. Die Kassenprüfung wurde von den Kassenprüfern Harald Gindra und Michael Ohse am 26. März 2012 in Berlin durchgeführt.
2. Die Belege der Einnahmen und Ausgaben vom 1.1.2011 bis 31.12.2011 inklusive Eingangsrechnungen, die entsprechenden Kontoauszüge sowie die Barkasse lagen zur Prüfung vor.
3. Das Vermögen bei Eröffnung am 1.1.2011 betrug 8.457,91 €. Am 31.12.2011 beträgt der Barkassenbestand 1.155,89 € und der Kontobestand 3.622,27 €. Im Berichts-

jahr betrug der Negativsaldo 3.679,75 €, wovon allerdings ca. 850 € Vorauszahlung für die Jahrestagung 2012 geleistet werden mussten. Somit beträgt das Vereinsvermögen zum 31.12.2011 noch 4.778,16€.

4. Die Kassenprüfer haben keine Beanstandungen und beantragen die Entlastung des Vorstands.

Berlin, 26. März 2012

Harald Gindra / Michael Ohse

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Haushaltsbericht für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2011 und Haushaltsplan 2012

(Alle Angaben in Euro)

	Ist 2010	Plan 2011	Ist 2011	Plan 2012
Beiträge	28.531,56	28.500,00	27.817,48	28.500,00
Ausgaben				
Politische Berichte	21.350,00	24.255,00	24.464,72	25.104,00
Aufwandsentschädigungen	360,00	360,00	360,00	360,00
Reise-/Raumkosten Vorstand	1.205,70	1.200,00	1.498,80	1.200,00
Reise- und Raumkosten Verein	3.017,65	3.000,00	4.734,85	3.000,00
Kosten Geldverkehr	73,82	75,00	77,55	78,00
Porto, Ergebnisheft	238,37	240,00	361,31	360,00
Gesamte Ausgaben	26.245,54	29.130,00	31.497,23	30.102,00
SALDO	2.286,02	./. 630,00	./.3.679,75	./.1.602,00

Kassenbestand per 31.12.11: 1.155,89 Euro

Kontobestand per 31.12.11: 3.622,27 Euro

Zur Erläuterung:

Die Beitragseinnahmen lagen im vergangenen Jahr geringfügig unter Plan. Bei den Ausgaben gab es mehrere Überschreitungen. So lagen die monatlichen Ausgaben für die Politischen Berichte (Druckkosten inkl. Honorare für die Redaktionsarbeit und die Internet-Unterstützung) effektiv bei monatlich etwa 2.200 Euro. Hinzu kamen Mehraufwendungen für einzelne Ausgaben, bei denen die Seitenzahl der jeweiligen Ausgabe der PB größer war als die regulären 24 Seiten.

Die Aufwendungen für die Jahrestagung des Vereins lagen 2011 fast 900 Euro über dem Plan. Hinzu kam, dass wir Ende 2011 einen Vorschuss für die kommende Jahrestagung 2012 in Höhe von ca. 850 Euro bezahlen mussten.

Der Haushaltsplan für 2012 geht nun davon aus, dass wir einen solchen Vorschuss für 2013 nicht zahlen. Der Haushaltsplan 2012 geht weiter davon aus, dass wir den leichten Rückgang der Beitragseinnahmen stoppen. 2011 gab es vereinzelt sinkende Spenden- bzw. Beitragszahlungen. Das zu ändern wird nur möglich sein, wenn 2012 einzelne Mitglieder ihre Beitragszahlung überprüfen und hoffentlich etwas aufstocken.

2012 Kostenrechnung Politische Berichte 12 Ausgaben/Jahr, 24 Seiten (ohne Internetredaktion)

I. geschätzte Erlöse aus Aboverkäufen in € (inkl. gesetzl. MwSt von 7%)

Abonnenten: Stand Dezember 2010

A	B	C	D	E
	Bezieher	Exemplare		Summe
Insgesamt	230	334		15.611,50 €
abzgl. MwSt 7%				1.021,31 €
bezahlte Exemplare:		275	voraussichtl. Nettoerlöse	14.590,19 €

Herstellungskosten beim Verlag (Nettopreise)

Ausgaben: 12

Art des Aufwands	Anzahl	Einheit	Einzelpreis	pro Ausgabe	pro Jahr
Summe				2.929,06 €	35.148,72 €

Zuschußbedarf durch Herausgeber

in Rechnung zu stellen	pro Jahr	pro Monat
Herstellungskosten	35.148,72 €	2.929,06 €
minus Aboerlöse	-14.590,19 €	-1.215,85 €
Nettozuschußbedarf Herstellung	20.558,53 €	1.713,21 €
plus 7% MwSt	1.439,10 €	119,92 €
Bruttozuschußbedarf für Herstellung	21.997,63 €	1.833,14 €

Zuschussbedarf in Prozent: 62,6% (59,7% Vorjahr)

Vergleich mit 2011: monatlicher Rechnungsbetrag neu: 1833,00 (alt: 1795,00 Euro), Erhöhung um 38 Euro/monatlich (2,1%)

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V.:

Kontakt, Mitglied werden, Beitrag zahlen ...

... in all diesen Angelegenheit ist Ansprechpartner: Alfred Küstler, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart.
Telefon: 0711-624701, Fax: 0711: 621532, Email: alfred.kuestler@gnn-verlage.com.

Nächste Jahrestagung am 23./24. März 2013 (Wochenende vor Ostern) in Mannheim

Nähere Angaben erfolgen rechtzeitig in „Politische Berichte“.

Wer zu den jährlichen öffentlichen Versammlungen des Verein eingeladen werden möchte, erfährt das entweder aus den „Politischen Berichten“ oder er kann uns seine Email-Adresse angeben und wird per Mail daran erinnert.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 5 Euro im Monat. Das Mitglied zahlt seinen Beitrag auf das Vereinskonto:
Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V., Konto Nr. 131122602 bei der Postbank, BLZ 500 100 60.

Impressum: Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V., c/o GNN Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgegeben vom Vorstand: Christoph Cornides.